

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DIE LAGE DER FRAU IN TURKMENISTAN

■ ANALYSE

»Frauen – Stolz und Freude unseres Vaterlandes«?

Die Emanzipation der Frau im Spiegel des Herrschaftswandels in Turkmenistan
Von Maral Durdyeva 2

■ DOKUMENTATION

Daten zur Situation der Frauen in Zentralasien und speziell Turkmenistan 6

■ CHRONIK

21. Januar 2017 bis 17. Februar 2017 11

Kasachstan	11
Kirgistan	14
Tadschikistan	17
Turkmenistan	19
Usbekistan	21

»Frauen – Stolz und Freude unseres Vaterlandes«?

Die Emanzipation der Frau im Spiegel des Herrschaftswandels in Turkmenistan

Von Maral Durdyeva

Zusammenfassung

Die Situation der Frauen in Turkmenistan war im Laufe der letzten 100 Jahre großen Veränderungen unterworfen. Ihrer vom Gewohnheitsrecht und Schariat bestimmten schlechten Stellung in vorsowjetischen Zeiten folgte die von Moskau initiierte Emanzipation der Frau, die seit der Unabhängigkeit des Landes unter Berufung auf »alte Traditionen« wieder zurückgedrängt wird. Dies war deshalb leicht möglich, weil die Veränderungen der Sowjetzeit oft nur formal waren, auf informeller Ebene und in der Realität die Stellung der Frauen schlechter als die der Männer blieb. Ursache dafür war, dass, anders als vielen westlichen Ländern, die Forderung nach Gleichberechtigung nie von unten, von den Betroffenen selber, kam, sondern als Erfüllung von Planvorgaben von oben verordnet wurde. Genauso definiert heute das politische Regime die kulturelle Identität des Landes und damit auch die Stellung der Turkmeninnen. Eine wirkliche Gleichberechtigung ist nur zu erwarten, wenn sie aus der Gesellschaft selber kommen wird.

Die Emanzipation der turkmenischen Frau war und ist abhängig von der jeweils bestehenden Herrschaftsform. Diese Abhängigkeit ist für die aktuelle Lage der Frauen und ihre Stellung in der turkmenischen Gesellschaft bedeutsamer als die viel kritisierte staatliche Konstruktion der »traditionellen turkmenischen Kultur«. Formal gesehen begann die Emanzipation der Frau in Turkmenistan mit der ideologischen Arbeit der Kommunistischen Partei (KP) nach der Machtübernahme der Bolschewiki in Zentralasien 1918. Die emanzipatorische Frage wurde unter dem Stichwort der »Befreiung« der zentralasiatischen Frau vom sogenannten »Joch der religiösen und nomadischen Traditionen« für die Durchsetzung der ideologischen Programmatik der KP in der Region instrumentalisiert. Denn aus der Sicht der sowjetischen Ideologie stand eine Nationalstaatlichkeit in strikter Konkurrenz zum Islam in den muslimisch geprägten Teilen Zentralasiens sowie zur Stammes- und Clanstruktur der nomadischen Bewohner der Region. Dieser Eingriff in die Kultur der Region besaß für die KP hohe politische Relevanz und war eine der Zwischenstufen auf dem Weg zum Aufbau einer proletarischen Gesellschaft in einem zuvor als »feudalistisch« bzw. patriarchalisch betrachteten Umfeld.

Gleichberechtigung sowjetischer Art

Die feministischen Kampagnen der Bolschewiki waren besonders gegen die in den Gebieten Zentralasiens mit sesshafter Bevölkerung (dem heutigen Usbekistan und Tadschikistan) übliche Vollverschleierung der Frauen gerichtet. Die bolschewistischen Frauenorganisationen propagierten die Rückständigkeit der Vollverschleierung und organisierten Aktionen der Selbstentschleierung der betroffenen Frauen. Die Vollverschleierung wurde als Symptom der unterdrückerischen patriarchalen Ordnung Zentralasiens angesehen und avancierte in der auf-

klärerischen Arbeit der Bolschewiki schnell zum Symbol der Unterdrückung der zentralasiatischen Frauen.

Jedoch eignete sie sich nicht als Symbol der Unterdrückung für die Aufklärung im Kontext der nomadischen Gruppen Zentralasiens. Unter turkmenischen Frauen war es zuvor unüblich, Hidschab, Tschador oder Burka tragen. Verheiratete turkmenische Frauen trugen den so genannten »gyňaç« – ein großes Tuch, einmal um den Kopf gebunden, dessen Spitze sie in den Mund nahmen. Unverheiratete Frauen trugen stattdessen zwei lange Zöpfe und eine kleine, nur den oberen Teil des Kopfes bedeckende Kappe, die so genannte »taha«. Das erweckte unter den Sowjets den Eindruck, dass unter den Nomaden Frauen den Männern gleichgestellt waren. Mit der Zeit stellten sie jedoch fest, dass das streng patriarchalische Gewohnheitsrecht Adat, das bei den Turkmenen parallel zu Scharia seine Gültigkeit bewahrt hatte, sogar höhere Priorität besaß – die Frau demnach viel weniger Rechte hatte als der Mann. Wie Wissenschaftler dargelegt haben, war es jedoch sehr schwierig, ein der Entschleierungskampagne vergleichbares markantes bzw. machtvolleres Symbol für den Kampf gegen die Benachteiligung der Frau zu finden. Denn im Gegensatz zur Vollverschleierung lieferte die Kleiderkultur der Turkmeninnen keine eindeutigen Symbole der Unterdrückung. Daher arbeitete man in der Turkmenischen SSR weniger mit Aktionen und Kampagnen. Stattdessen setzte die Kommunistische Partei Emanzipationsprogramme und Planvorgaben ein, die erfüllt werden sollten.

Dank der totalitären Machtausübung des Kreml konnte die formale Erfüllung vieler dieser Programmpunkte durchgesetzt werden. So waren Frauen und Männer im sowjetischen Turkmenistan juristisch bzw. formal gleichberechtigt. Frauen wurde die Erwerbstätigkeit in Bereich der Wirtschaft ermöglicht. Die neugegründeten Universitäten waren verpflichtet, Frauen zu

immatrikulieren. Arbeitenden Frauen stand ein Mutterschaftsurlaub von bis zu drei Jahren zu, außerdem galten spezielle Arbeitsschutzbestimmungen. In Schulen und Kindergärten war eine ganztägige Betreuung der Kinder möglich. Auf politisch-institutioneller Ebene existierten zahlreiche Komitees zum Schutz und zur Förderung der Frauen, die Teil der gesamten Parteiadministration des Landes waren. Obwohl die Bemühungen der KP bzgl. der Frauenförderung im Prinzip konstruktiv waren, besaßen sie dennoch eine entscheidende Schwachstelle.

Diese Schwachstelle zeigt sich bei einem vergleichenden Blick auf die Frauenrechtsbewegungen in Europa und den USA Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Diese waren Bewegungen, durch die Formen und Mechanismen der Unterdrückung der Frau sowie Forderungen nach gleichen Rechten und Bildungschancen von den Unterdrückten selbst formuliert und auf die nationale und dann die internationale politische Agenda gebracht wurden. Unter dem Druck der Industrialisierung organisierten sich Frauen untereinander und übten Druck auf die – männlichen – politischen Eliten ihrer Länder aus. Die Auseinandersetzung mit der politischen philosophischen Denktradition stand dabei genauso auf der Tagesordnung wie eine effiziente Lobbyarbeit und lokale, nationale sowie internationale Vernetzung.

Die Frauenbewegung in Russland, die europäische Werte bzw. Ideale wie Nationalstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Klassenkampf nach Zentralasien transportiert hat, besaß zunächst einen ähnlichen Charakter. Jedoch ging sie in der sozialistischen Bewegung auf und wurde mit der Zeit zum Teil der KP. Daher wurde die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen in Zentralasien letztlich »von oben« verordnet. In der Turkmenischen SSR gab es weniger eine Frauenbewegung im eigentlichen Sinne, als eine Umsetzung der ideologischen sowie strukturellen Vorgaben der kommunistischen Administration. Hinzu kam noch ein zusätzliches Imageproblem. Denn nachdem die Bolschewiki in Russland 1917 die Macht übernommen hatten, kam es zu einem umfassenden Machtkampf zwischen ihnen und lokalen Kräften – einer faktischen Neueroberung des gesamten zentralasiatischen Gebiets. Somit wurden die ideologischen, strukturellen und administrativen Reformen, die von der KP umgesetzt wurden, inkl. der Frauenförderung, in Zentralasien sowohl als eine Vorgabe der politischen Elite von oben als auch als ein Eingriff von Invasoren in die traditionellen gesellschaftlichen Strukturen markiert. Dabei fehlte es in Turkmenistan an der entscheidenden Verwurzelung der Frauenförderung in der Gesellschaft selbst.

Die politische Instrumentalisierung von Kultur während der Sowjetunion setzte sich nach deren Fall fort und machte mit der Zeit die emanzipatorische Arbeit zunichte. Der ursprünglich von oben verordnete Charakter der Frauengleichstellung trug dazu bei, dass die Frauen in Turkmenistan ihre gleichberechtigte Stellung in der turkmenischen Gesellschaft nach dem Fall der Sowjetunion peu á peu eingebüßt haben.

Rückkehr zu »alten Traditionen«

Der Zusammenbruch der Sowjetunion stellte das nun unabhängige Turkmenistan vor neue, gravierende Herausforderungen. Dem Land fehlte nicht nur eine stabile, breit aufgestellte wirtschaftliche Basis (Turkmenistan war vor allem Rohstofflieferant für die sowjetische Zentralverwaltungswirtschaft) wie auch eine effiziente Administration. Es mangelte auch an etwas, worin alle administrativen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen eingebettet werden konnten und das für alle staatlichen Strukturen eine überbrückende und legitimierende Funktion erfüllt hätte – eine machtvolle und zugängliche Ideologie. Schnell konstruierte die neue Regierung den Mythos der Selbstbefreiung der Turkmenen vom »Joch Russlands« und der Wiederauferstehung des turkmenischen Geistes – »türkmençilik«. Entsprechend wurde die Vergangenheit vor der russischen Machtergreifung im 19. Jahrhundert glorifiziert. »Traditionen«, so fragwürdig sie in ihrer Authentizität auch waren, erlebten einen Aufschwung – und mit ihnen auch alte Geschlechterrollen. Einerseits wurden sie aus Gründen der Wiederbelebung des proklamierten »eigenen« Kulturerbes wiederaufgenommen, andererseits wurde das emanzipatorische Gedankengut als eine fremde, nicht-turkmenische, von oben und außen aufgezwungene Tendenz beiseitegeschoben. Darüber hinaus wurde die Irrelevanz der Emanzipationsbewegung für turkmenische Frauen proklamiert. Dabei benutzte die Regierung wieder eine kulturbezogene Argumentation und verwies auf die angeblich der turkmenischen Kultur immanente Gleichberechtigung der Frauen.

Man kann die Entwicklung der Rolle der Frau im unabhängigen Turkmenistan unter verschiedenen Perspektiven betrachten. Zum einen kann man chronologisch zwei Phasen unterscheiden: die Ära von Saparmurat Nijasow (1991–2006), gefolgt von der Herrschaft des gerade wiedergewählten Gurbanguly Berdymuchamadow. Zum anderen kann man aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive von privaten, beruflichen und öffentlichen Bereichen sprechen, in denen die Stellung der Frau erhebliche Rückschläge erfahren hat.

Mit Blick auf die Ära Nijasow scheinen mehrere Kernereignisse bzw. Kennzeichen als wichtig, um die strategischen Schwachstellen dieser Emanzipation

im heutigen Turkmenistan zu begreifen. Die 1990er-Jahre standen in Turkmenistan noch sehr stark unter dem Zeichen des Bruchs mit der Sowjetzeit. Gleichzeitig war, wie auch in Russland und im gesamten postsowjetischen Raum, in Turkmenistan die Rhetorik der Demokratisierung und der angestrebten freien Marktwirtschaft bestimmend. Zudem war Turkmenistan im wirtschaftlichen (durch die Zentralasien-Zentrum-Pipeline) und geopolitischen Sinne noch eng mit Russland verbunden und der Anteil der russischen Bevölkerung in den 1990er-Jahren noch relativ hoch. Dies besaß nicht nur demographische Relevanz, sondern auch kulturelle. Denn der Einfluss, der von der kulturellen und ethnischen Diversität, die zu der Zeit in Turkmenistan noch herrschte, ausging, übte eine für Frauen vorteilhafte Wirkung auf die Geschlechterrollen im Land aus. Auch das Bildungssystem, das für die Emanzipation der turkmenischen Frauen eine wichtige Rolle gespielt hatte, speiste sich in seinen Grundsätzen noch aus dem sowjetischen Erbe. Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre wurden jedoch in Reaktion auf eine zunehmend expansive russische Außenpolitik sehr viele in Turkmenistan geborene und ansässige Russen und andere Ethnien in zwei Etappen zur Ausreise genötigt. Diese faktische Zwangsausiedlung nicht turkmenischer Bevölkerungsteile begünstigte die Entstehung eines homogenen kulturellen Milieus und somit die Rückkehr zu »traditionalistischen« Geschlechterrollen.

Mehr Rhetorik als Handeln

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme Berdymuchammedows und der Konsolidierung des autoritären Regimes zeigte sich in der Innen- und Außenpolitik des Landes sowie in der turkmenischen Gesellschaft ein Phänomen, das typisch auch für andere zentralasiatische Staaten ist: Die Nichtigkeit der formalen Vereinbarungen und höhere Verbindlichkeit der informellen politischen Handlung. Dieses Phänomen stellt eine Schwierigkeit für die Umsetzung der mit der internationalen Gemeinschaft vereinbarten Normen und Reformen dar. Das größte Problem für die Gleichstellung der turkmenischen Frau ist dementsprechend nicht ein Mangel an Reformen und Gesetzen, in dieser Hinsicht bemüht sich Turkmenistan um die Anerkennung seiner Mitgliedschaft in solchen Organisationen wie UN und OSZE, sondern deren Implementierung. Obwohl sich die turkmenische Führung etwa im Rahmen des »Nationalen Maßnahmenplans zur Geschlechtergerechtigkeit in Turkmenistan für 2015–2020« zur Umsetzung internationaler Standards in der Gesetzgebung sowie in politischen und administrativen Strukturen, zur Schaffung gleicher Chancen für Männer und Frauen und zur Förderung der Frauen und ihres Engagements im

gesellschaftlichen Leben verpflichtet hat, hapert es an der Umsetzung der damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen. Stattdessen versteckt sich die Regierung hinter wenig glaubhaften Zahlen.

So macht etwa der Anteil von Frauen bei den Beschäftigten nach offizieller Statistik von 2016 ca. 44 % im Staatssektor und ca. 47 % im Privatsektor aus. In dem Mejlis (Parlament) soll knapp ein Drittel der gesamten Abgeordneten weiblich sein. Darüber hinaus sollen Hunderte von Frauen in »repräsentativen Organen der Regierung« sowie Tausende in den »lokalen Organen der Selbstverwaltung« Turkmenistans arbeiten. In den Hochschulen soll der Anteil der Studentinnen je nach Fachrichtung zwischen 46 % und 88 % liegen. Außerdem wurde nach Angaben der Regierung viel in den Bereich Mutter-Kind-Gesundheit investiert.

Das größte Problem bleibt, dass die turkmenische Regierung nicht daran interessiert ist, die vereinbarten Maßnahmen auch sinngemäß umzusetzen. Ein Bericht der exiloppositionellen TIHR (Turkmen Initiative for Human Rights) an die UNCEDAW (United Nations Committee on the Elimination of Discrimination against Women) vermittelt einen Einblick in die in offiziellen Dokumenten nicht erwähnte, tatsächliche Situation bzgl. der Frauenemanzipation in Turkmenistan. Die Beobachtungen der Initiative deuten auf gravierende Missstände in fast allen Bereichen der Rechte bzw. Diskriminierung von Frauen. Die Autoren des Berichts sprechen u. a. eine Doppelbelastung an, der die Frauen in Turkmenistan ausgesetzt sind. Einerseits sind sie wegen der sich rasant verbreiteten Probleme mit Drogen- und Alkoholabhängigkeit unter Männern und der damit verbundenen Kriminalität dazu gezwungen, ihre Familien alleine zu versorgen. Dabei sind sie mit der steigenden Arbeitslosigkeit von bis zu 46 % in den Ballungsräumen und 60 % in der Peripherie konfrontiert. Die Arbeitslosigkeit treibt die Frauen auf der Suche nach Verdienstmöglichkeiten ins Ausland, v. a. die Türkei und Russland, wo sie sich illegal aufhalten und jeglicher Form von Gewalt ausgeliefert sind.

Andererseits sind die Frauen in Turkmenistan, so die Darstellung der turkmenischen Menschenrechtler, auf eine vergleichsweise geringere Zahl von Männern angewiesen. Das resultiert teilweise aus der demographischen Zusammensetzung, teilweise auch aus dem weit verbreiteten Problem der Drogenabhängigkeit und der Kriminalität. Diese Abhängigkeit zeigt sich besonders im verbreiteten Phänomen der Polygamie, sei es in Form von islamischen Eheschließungen (nikah) oder außerehelichen Beziehungen. Ebenso sind Frauen vielfach Gewalt in der Ehe ausgeliefert, welche weder gerichtlich noch gesellschaftlich als Missbrauch anerkannt wird. Darüber hinaus werden Frauen nicht für die entscheidende

Machtpositionen zugelassen. Den Angaben der Initiative zufolge ist die Mehrzahl der berufstätigen Frauen in den Bereichen Kultur, Bildung und Gesundheit tätig. Gerade die Beschäftigten dieser Bereiche sind im heutigen Turkmenistan dazu verpflichtet, unzählige Veranstaltungen für eine unüberschaubare Zahl von Festen und Demonstrationen abzuhalten. Das hindert sie daran, ihren eigentlichen Aufgaben nachzugehen und nimmt ihnen jede Chance, beruflich aufzusteigen, geschweige denn einen ernstzunehmenden Beitrag zum kulturellen und politischen Leben Turkmenistans zu leisten. Ebenso gravierend sieht es in der gesundheitlichen Versorgung aus. Hier sind die angehenden Mütter trotz der Bestimmungen des offiziellen Maßnahmenkatalogs oft unterversorgt, es fehlt an funktionierenden Krankenhäusern, an Hygiene- und Pflegemitteln und an einem gut ausgebildeten Personal.

Das grundlegendste Problem für die Emanzipation und Gleichstellung der Frau in Turkmenistan ist jedoch die streng patriarchale gesellschaftliche Ordnung, die gepaart mit der doppelbödigen Logik fast keine Aussichten auf Verbesserung ihrer Lage erhoffen lässt. In diesem Zusammenhang muss man erwähnen, dass in Turkmenistan nur eine einzige, der Regierung unterstellte Frauenorganisation existiert, Türkmenistanyň Zenanlar Birleşigi (Union der Frauen Turkmenistans). Deren Hauptfunktion besteht darin, die offizielle Regierungsprogrammatik bzgl. der Frauenförderung umzusetzen. Auf der Website der Organisation ist zwar vom Engagement und der Partizipation der Frau in der Gesellschaft und den demokratischen Prozessen Turkmenistans die Rede, doch wird diese Teilhabe vor allem als ein Beitrag zur »traditionellen Kultur«, Familienordnung und Gesundheit und somit zur Zementierung eines patriarchalischen Rollenverständnisses dargestellt. So tragen etwa dort veröffentlichte Artikel die Titel »Maşgala. Durmuş. Gözellik« (Familie, Leben, Schönheit) oder »Zenanlar – biziň Watanymyzyň buýsanjydyr!« (Frauen – Stolz und Freude unseres Vaterlandes). Es wird hervorgehoben, wie schön, gut erzogen und vor allem wie respektvoll die turkmenische Frau sei. Die Beiträge berichten auch von Konferenzen mit Teilnehmern aus allen Winkeln des Landes, die zum Thema Erziehung der jungen Mädchen abgehalten werden. Dabei werden besonders die Beiträge älterer Männer (ýaşulylar) hervorgehoben, die Ratschläge bzgl. der Erziehung von Mädchen sowie der Erscheinung und dem Verhal-

ten von Frauen in der Öffentlichkeit, besonders in Anwesenheit von Älteren, erteilen.

Fazit und Perspektive

An diesem Beispiel ist der wichtigste Grund dafür zu erkennen, warum internationale Organisationen auch weiterhin vergeblich auf die faktische Umsetzung vereinbarter Maßnahmen in Turkmenistan warten werden: das Monopol des Regimes über die »kulturelle Identität« des Landes. Diese ist in Turkmenistan ein hochpolitisertes Thema, das von der Regierung besonders eifrig überwacht und gesteuert wird. Denn die vollständige Kontrolle über die Diskurse über die kulturelle Identität und das kulturelle Erbe des Landes ermöglicht der turkmenischen Regierung die Steuerung des gesellschaftlichen Konsensus bzgl. vieler innenpolitischer Fragestellungen, u. a. auch nach der Machtlegitimierung und -konsolidierung. In Fragen der Emanzipation wird das Regime auch weiterhin argumentieren, turkmenische Frauen seien nie unterdrückt gewesen – weil sie nie vollverschleiert waren. Auch wird das Regime koloniale und post-koloniale Diskurse nutzen, um die zutiefst konservativen Werte zu verteidigen, die die Basis der Macht des Regimes darstellen. Obwohl die Regierung nach Außen ihre Erfolge in der Frauenförderung präsentiert und internationale Abkommen (wie die Deklaration der Vierten UN-Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995) unterzeichnet hat, ist sie nach Innen darum bemüht, konservative, traditionelle Geschlechterrollen aufrechtzuerhalten.

Aufgrund der Unverbindlichkeit der formalen Vereinbarungen einerseits und der Intransparenz der informellen politischen Handlung andererseits fällt es außenstehenden Beobachtern schwer, die tatsächliche Situation einzuschätzen und die Lage von außen zu beeinflussen.

Will man jedoch in einem solchen Kontext die Unterwerfung der turkmenischen Frau unter das männliche Diktat im beruflichen, privaten und öffentlichen Bereich überwinden und die Gleichberechtigung sowie die Emanzipation der turkmenischen Frau fördern, muss man das Monopol der Regierung über die kulturelle Identität und das Erbe des Landes aufbrechen. Die Motivation einer Bewegung »von unten« ist hier entscheidend. Diese kann jedoch nicht von außen gesteuert werden, sondern muss in der turkmenischen Gesellschaft fest verankert sein.

Maral Durdyeva ist ein Pseudonym. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.

Lesetipps:

- Review of Turkmenistan under the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. Submission to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination against Women (CEDAW)

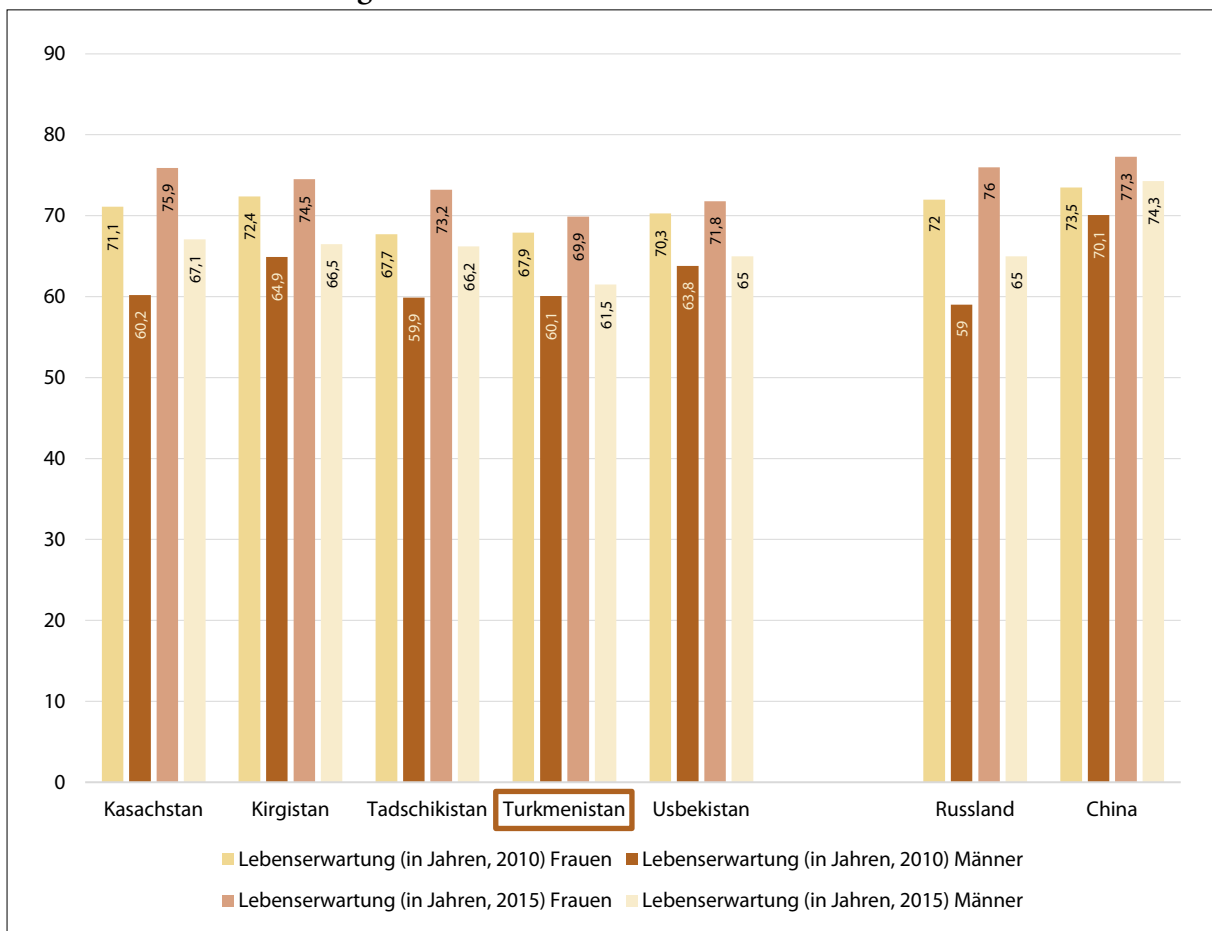
53rd Session, Geneva, 1–19 October 2012, = <http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CEDAW/Shared%20Documents/TKM/INT_CEDAW_NGO_TKM_13204_E.pdf>

- Norwegian Helsinki Committee, Women: Turkmenistan's second-class citizens. Equal only to injustice and vulnerable to arbitrariness, Oslo 2013, = <http://nhc.no/filestore/Publikasjoner/Rapporter/2013/Rapport_2_13_web.pdf>
- Ayna Bayramova, Mengli Mamedova, Turkmenistan: Women's Role in Turkmen Society and Its Traditional Mindset, The PULS of Central Asia 5(2015) January, = <<https://pulsocentralasia.org/2015/02/05/turkmenistan-womens-role-in-turkmen-society-and-its-traditional-mindset/>>
- Almanac "Women in Turkmenistan", Chronicles of Turkmenistan, 28.6.2015, = <http://en.chrono-tm.org/2015/06/almanac-women-in-turkmenistan/>
- 'Slowly, Change is Coming': Life for Women in the Post-Soviet World, Eurasianet, 8.3.2015 = <<http://www.eurasianet.org/node/72421>>

DOKUMENTATION

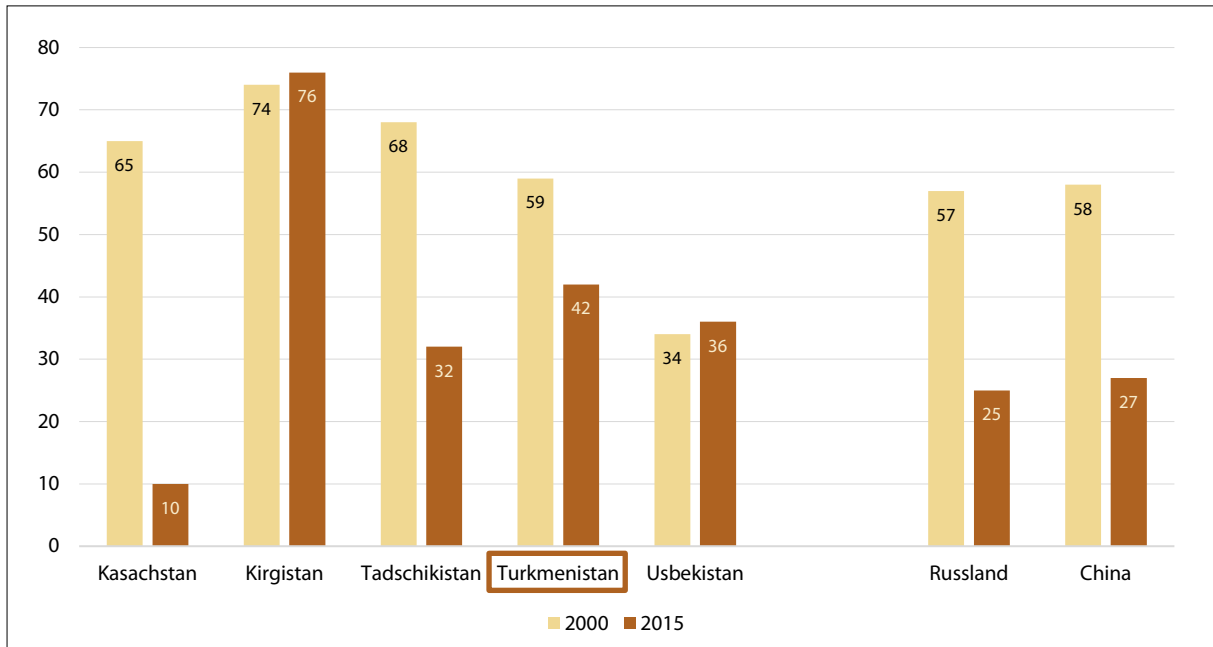
Daten zur Situation der Frauen in Zentralasien und speziell Turkmenistan

Grafik 1: Lebenserwartung bei Geburt



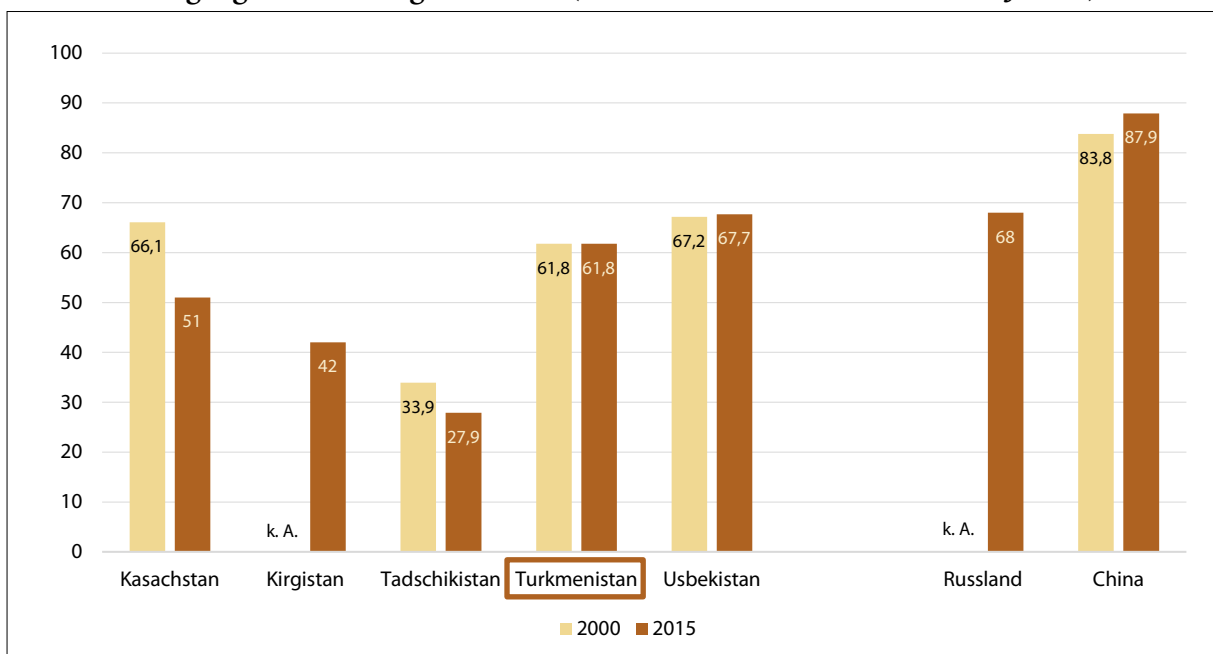
Quelle: Worldbank Gender Data Portal; <<http://datatopics.worldbank.org/gender/>>

Grafik 2: Müttersterblichkeit (je 100.000 Lebendgeburten)



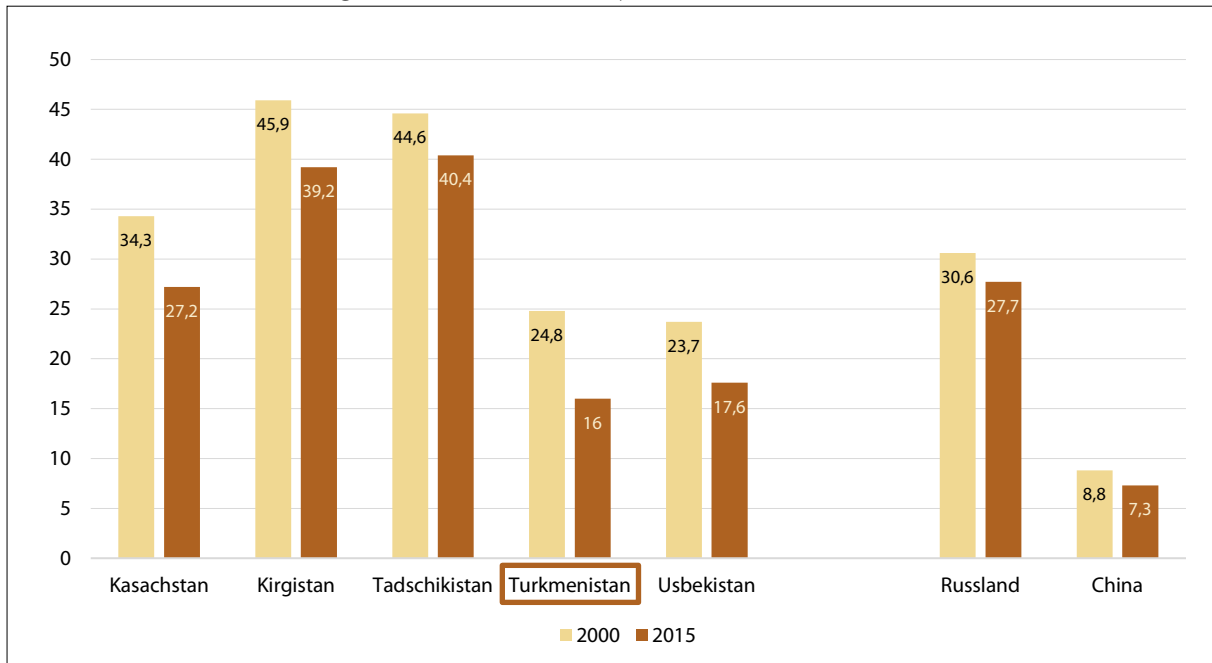
Quelle: Worldbank Gender Data Portal; <<http://datatopics.worldbank.org/gender/>>

Grafik 3: Zugang zu Verhütungsmethoden (% der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren)



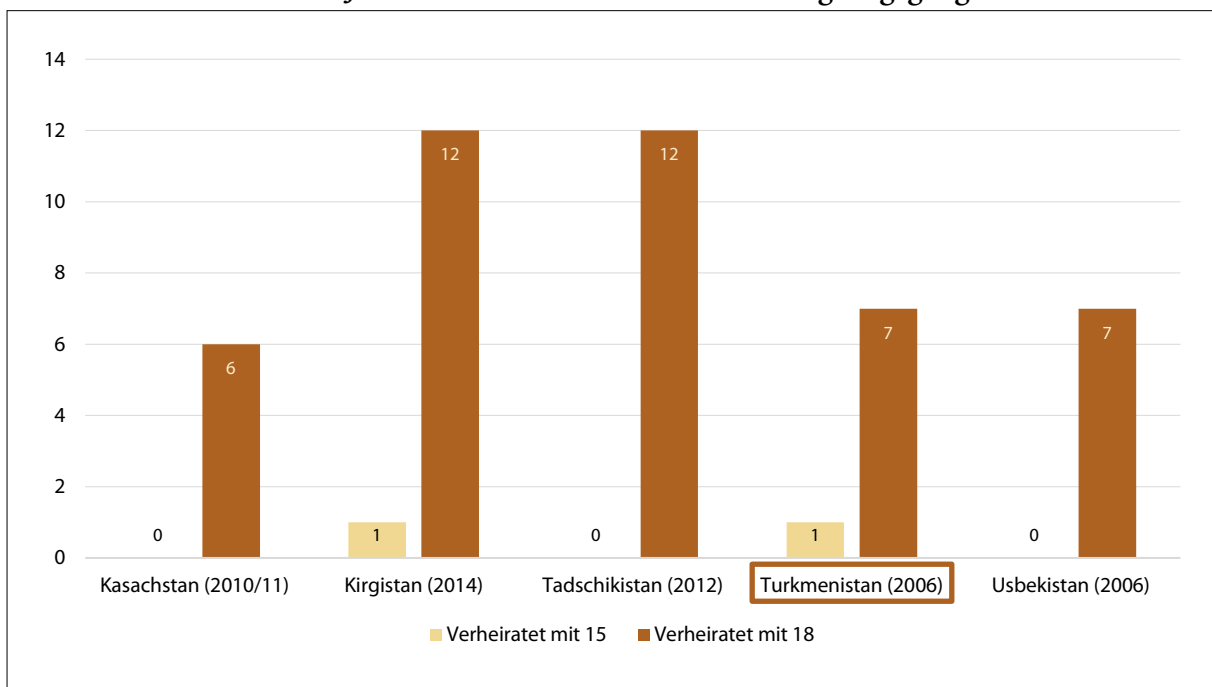
Quelle: Worldbank Gender Data Portal; <<http://datatopics.worldbank.org/gender/>>

Grafik 4: Fertilität bei Jugendlichen (Geburten je 1000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren)

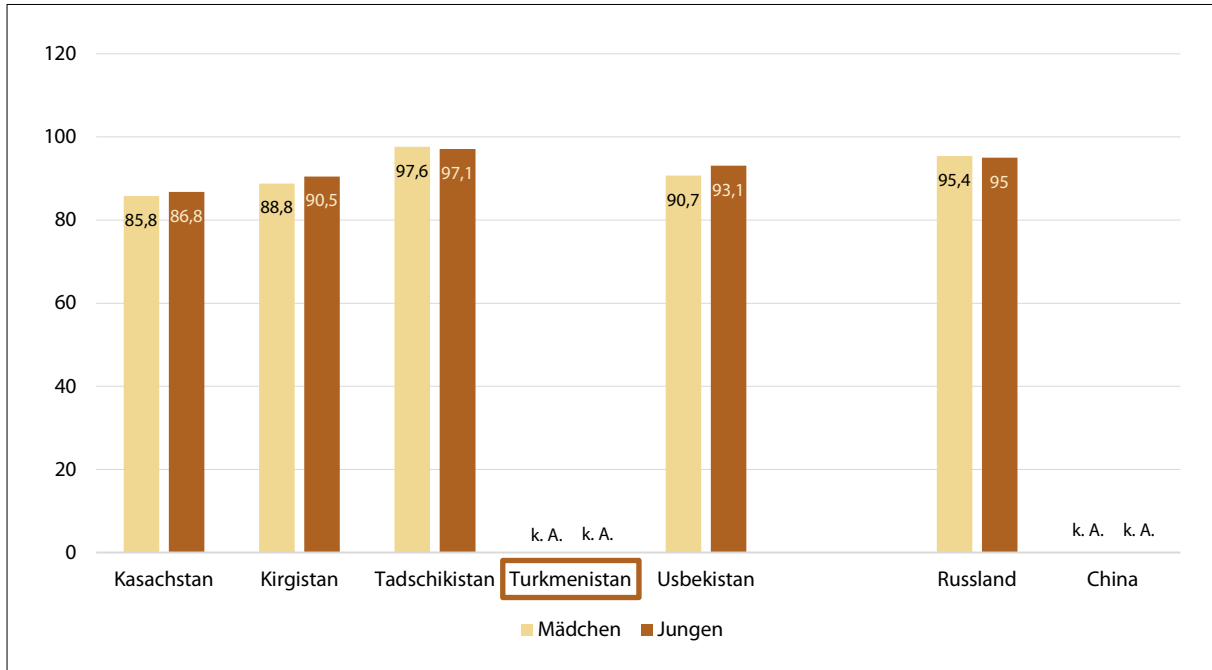


Quelle: Worldbank Gender Data Portal; <<http://datatopics.worldbank.org/gender/>>

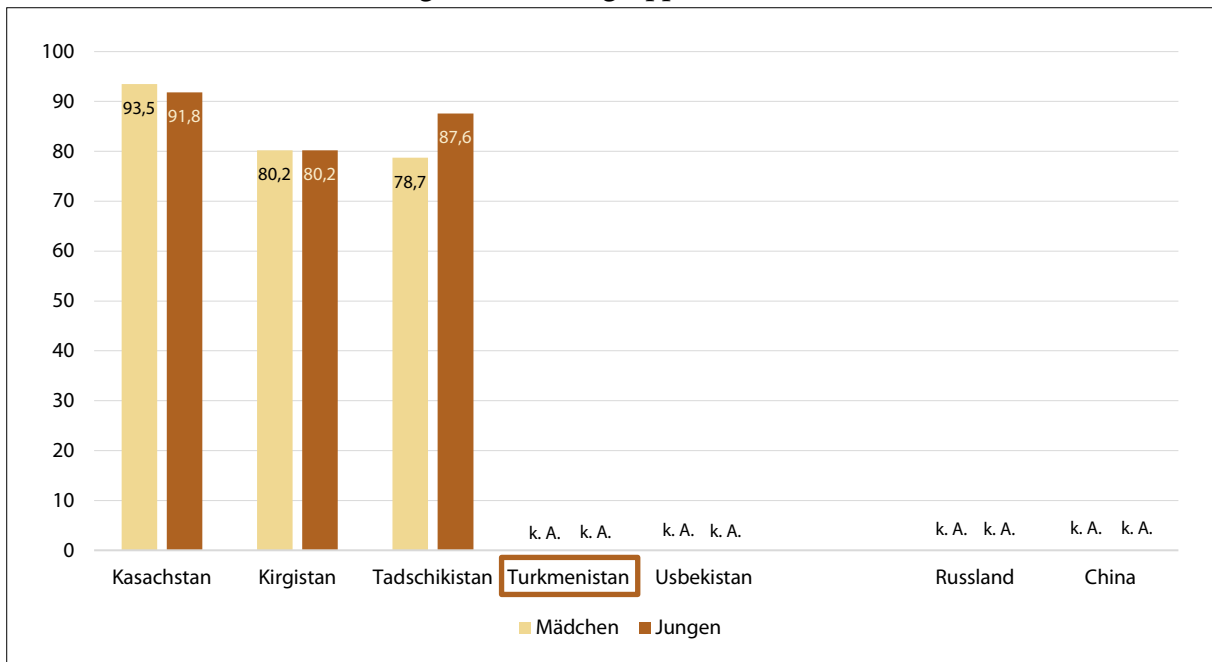
Grafik 5: Zahl der Kinderehen, % von Frauen im Alter von 20–24 Jahren, die vor dem Alter von 15 bzw. 18 Jahren eine erste Ehe oder Verbindung eingegangen sind



Quelle: <https://data.unicef.org/wp-content/uploads/2015/12/child-protection_child-marriage-database_may-2016-1.xlsx>

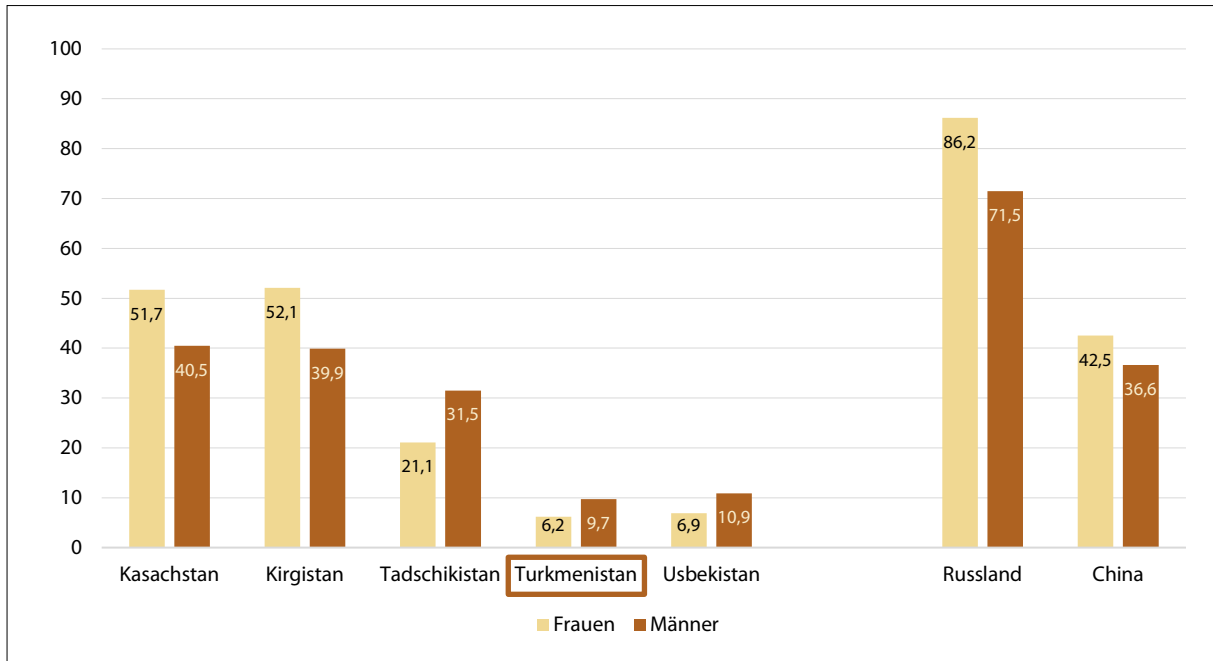
Grafik 6: Grundschulausbildung (% der Altersgruppe, 2015)

Quelle: Worldbank Gender Data Portal; <<http://datatopics.worldbank.org/gender/>>

Grafik 7: Mittelschulausbildung (% der Altersgruppe, 2015)

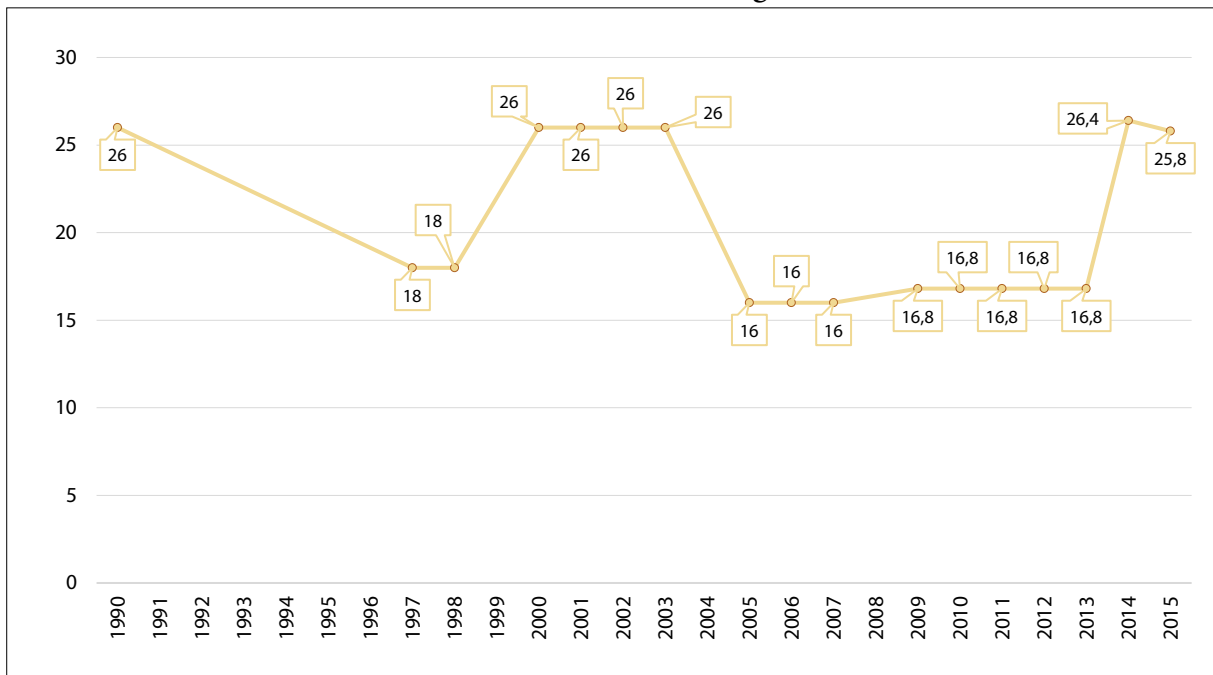
Quelle: Worldbank Gender Data Portal; <<http://datatopics.worldbank.org/gender/>>

Grafik 8: Hochschulausbildung (% der Altersgruppe, 2015)



Quelle: Worldbank Gender Data Portal; <<http://datatopics.worldbank.org/gender/>>

Grafik 9: Frauen im Parlament Turkmenistans, % der Abgeordneten



Quelle: <http://www.theglobaleconomy.com/Turkmenistan/Women_in_parliament/> nach Angaben der Weltbank

CHRONIK

21. Januar 2017 bis 17. Februar 2017

Kasachstan

21.1.2017	Ein Gericht in der Stadt Atyrau weist die Berufung im Fall Maks Bokajew und Talgat Ajan zurück. Die beiden Bürgerrechtler waren im November 2016 wegen Anstiftung zu sozialer und zwischenethnischer Zwietracht zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.
21.1.2017	Der stellvertretende Chef des Komitees für Kommunikation und Information, Michail Komissarow, teilt mit, dass ein Gesetz in Vorbereitung sei, das u. a. von Internetnutzern die Angabe ihrer Mobilfunknummer verlangt, wenn sie »anonyme« Kommentare im Internet posten.
22.1.2017	Der seit dem 5.1. andauernde Streik von Ölarbeitern in Aktau (Gebiet Mangystau) wird von der Polizei beendet und zwei der Protestführer, Amin Jeleusinow und Nurbek Kuschakbajew, festgenommen.
24.1.2017	Der Chefredakteur des Webportals Radiotochka.kz und der oppositionellen Zeitung Central Asian Monitor, Bigeldy Gabdullin, wird wegen Erpressung von einem Gericht in Astana zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt.
25.1.2017	Bei den Syriengesprächen in Astana stellen die Unterhändler Russlands, der Türkei und Irans einen Plan zur Überwachung des Waffenstillstands vor, mehrere Rebellengruppen zeigen sich skeptisch gegenüber dessen Umsetzbarkeit.
25.1.2017	Die beiden wichtigsten kasachstanischen Mobilfunkanbieter, Kcell und Beeline, kündigen an, dass alle nicht-registrierten SIM-Karten ab dem 1.7.2017 blockiert werden. Seit Dezember 2016 geltende Anti-Terror-Gesetze verpflichten sämtliche Mobilfunknutzer zur staatlichen Registrierung ihrer Telefone.
25.1.2017	Die Präsidialverwaltung veröffentlicht eine Videobotschaft von Präsident Nursultan Nasarbajew, in der dieser eine grundlegende Umstrukturierung der Machtvertikale im Staat vorschlägt. Demnach sollen die Regierung bzw. einzelne Ministerien und das Parlament mehr Vollmachten erhalten. Nasarbajew stellt zudem die Grundrichtungen für eine neue Modernisierungsinitiative 3.0 vor.
26.1.2017	Pawel Schperow, Abgeordneter der russischen Duma und Mitglied des Ausschusses für eurasische Integration, äußert öffentlich die Erwartung, dass die Staatsgrenze zwischen Kasachstan und der RF nicht ewig Bestand hätte und »vorübergehend unter kasachstanischer Kontrolle stehende Gebiete« langfristig an Russland zurückgehen würden.
26.1.2017	Das Außenministerium bestätigt, dass es sich bei einem in der afghanischen Provinz Sary-Pul durch die dortigen Sicherheitsbehörden festgenommenen ausländischen Kämpfer des IS um einen kasachstanischen Staatsbürger aus dem Gebiet Atyrau handelt.
27.1.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass der Oligarch Nurlan Tleubajew, Großaktionär mehrerer kasachstanischer Landwirtschafts- und Versicherungsunternehmen und einer der reichsten Männer des Landes, bereits im Dezember 2016 einen Selbstmordversuch unternommen hat. Sein Gesundheitszustand sei nach Angaben der behandelnden Ärzte stabil.
28.1.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin bedankt sich in einem Telefonat mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nasarbajew für dessen Bemühungen bei den Syrien-Verhandlungen am 23./24.1..
30.1.2017	Präsident Nasarbajew eröffnet in Anwesenheit der Regierung und des Ministers der Präsidentenangelegenheiten der VAE, Mansour bin Zayed al-Nahyan, die 28. Universiade in Almaty.
30.1.2017	Nach Angaben von Fergananeews.com wurden in den vergangenen vier Tagen in Kasachstan 323 Websites, darunter auch solche der Regierung, Opfer eines Hackerangriffs und waren tagelang nicht aufrufbar.
30.1.2017	Der stellvertretende Minister für Arbeit und soziale Sicherung, Birschan Nurymbetow, erklärt in einer Pressemitteilung, dass im Rahmen des US-geführten Tengizchevroil Joint Ventures 10.500 Arbeitsplätze geschaffen wurden und weitere 20.000 geplant sind. Das Nachrichtenportal Ak-Zhaik meldet derweil, dass in Atyrau 120 Mitarbeiter des Unternehmens aus Protest über niedrige Gehälter in den Streik getreten sind.
31.1.2017	In seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation fordert Präsident Nasarbajew weitere Schritte zur Digitalisierung von Bürgerdiensten, mehr Verantwortung von Ministern und eine Vereinfachung und bessere Überprüfung von Ausgaben aus dem Staatshaushalt.
31.1.2017	In Atyrau zündet sich die ehemalige Assistentin des Staatsanwalts vor ihrem ehemaligen Dienstort an und wird mit leichten Verbrennungen in ein Krankenhaus gebracht.

31.1.2017	Die türkische Staatsanwaltschaft setzt mehrere mutmaßlich von der Gülen-Bewegung finanzierte Universitäten in Kasachstan (sowie Kirgistan und Turkmenistan) auf die Liste von Institutionen, die terroristische Ideen propagieren.
1.2.2017	Der Sprecher der unteren Kammer des Parlaments, Nurlan Nigmatulin, erklärt während einer Plenarsitzung, dass von nun alle Sitzungen dieser Art sowie aktuelle Stunden in der Volksvertretung in Echtzeit online übertragen werden, um mehr Transparenz zu demonstrieren.
1.2.2017	Das Komitee für Statistik meldet, dass die Getreideexporte Kasachstans im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 19 % gestiegen sind.
2.2.2017	Das Büro zum Kampf gegen die Korruption lädt im Rahmen einer vorgerichtlichen Untersuchung zur Vorbereitung einer neuen Anklage wegen der Gründung einer internationalen kriminellen Vereinigung den sich in Frankreich aufhaltenden Ex-BTA-Bank-Chef Muchtar Abljasow vor.
2.2.2017	Das Fachjournal Nefte Compass meldet, dass die kasachstanische Regierung Verhandlungen über den Bau eines transkaspischen Öltransportsystems mit Anschluss an die Baku–Tbilisi–Ceyhan Pipeline wieder aufgenommen hat.
3.2.2017	Präsident Nasarbajew entlässt Vize-Premier Imangali Tasmagambetow von seinem Posten und ernennt ihn zum Botschafter Kasachstans in der RF. Nasarbajew kritisiert zudem Finanzminister Bachyt Sultanow scharf für Nachlässigkeiten in seiner Amtsführung. Nationalbankchef Danijar Akischew lobt der Präsident hingegen für seine engagierte Politik.
3.2.2017	Premier Bakytchan Sagyntajew ruft bei einer Kabinettsitzung die Minister auf, Entscheidungen, die in ihrem Kompetenzbereich liegen, selbständig und ohne Rücksprache mit ihm bzw. der Präsidialverwaltung zu treffen.
3.2.2017	Der Bürgerrechtler Aleksandr Charlamow wird in Ridder (Gebiet Ostkasachstan) wegen des Verdachts der Anstiftung zu religiöser Zwietracht festgenommen.
4.2.2017	Mehrere staatliche Websites, darunter die der elektronischen Regierung, werden erneut Ziel eines Hacker-Angriffs.
4.2.2017	Nationalbankchef Akischew kündigt Unterstützungszahlungen für Banken an, die in finanzielle Notlage geraten sind, ohne Namen zu nennen. Die Halykbank ist derzeit in Gesprächen um die Übernahme der angeschlagenen größten kasachstanischen Bank Kazkom, die nach Angaben von Experten bereits staatliche Hilfe in Anspruch nehmen musste.
6.2.2017	In Astana treffen im Nachgang zu den Syrien-Gesprächen vor zwei Wochen Experten aus Russland, der Türkei, Iran und Jordanien zu Beratungen über die technische Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen, insbesondere dem Waffenstillstand, zusammen.
6.2.2017	Landesweit kommt es wegen eines bereits seit Tagen anhaltenden Schneesturms zu umfassenden Unterbrechungen des Straßenverkehrs und zum Ausfall des Schulunterrichts.
6.2.2017	Präsident Nasarbajew empfängt den Vorsitzenden der tschechischen Abgeordnetenkammer, Jan Hamáček, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
6.2.2017	Mehrere Parlamentsabgeordnete kritisieren die Aussagen des russischen Duma-Abgeordneten Schperow über den reversiblen Status der russisch-kasachstanischen Grenze vom 26.1. als inakzeptabel.
6.2.2017	Nach Angaben des Ministeriums für die nationale Wirtschaft hat sich die Bevölkerungszahl Kasachstan zum 1.1.2017 auf nahezu 18 Mio. Einwohner erhöht.
7.2.2017	In einem neuen Bericht weist die Rating-Agentur Moody's hohe mittelfristige Risiken für den kasachstanischen Bankensektor in Hinsicht auf die Solvenz von Banken in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld aus.
8.2.2017	Präsident Nasarbajew unterschreibt ein Gesetz, wonach rund 87 km ² Fläche des Gebiets Akmola in die Hauptstadt Astana eingemeindet werden.
8.2.2017	Das Innenministerium teilt mit, dass von den seit Inkrafttreten des Amnestiegesetzes zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit im Dezember 2016 eingereichten 10.000 Begnadigungsanträgen bislang 4.500 bearbeitet, aber nur rund 300 bewilligt wurden.
8.2.2017	Die österreichische Polizei nimmt im Vorfeld der Biathlon-WM in Hochfilzen im Quartier des kasachstanischen Teams eine Razzia wegen Dopings vor, medizinische Ausrüstung, Proben und Mobiltelefone werden sichergestellt und zehn Athleten festgenommen.
9.2.2017	Die Nationalbank meldet, dass die Öl- und Gaskondensatexporte im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 27,6% gefallen sind.

9.2.2017	Kasachstan belegt im Medaillenspiegel am Ende der Universiade in Almaty mit elf Goldmedaillen den zweiten Rang nach Russland (mit 29).
9.2.2017	Die kasachstanischen Behörden setzen die wegen Anstiftung zu sozialer und zwischenethnischer Zwietracht verurteilten Menschenrechtler Bokajew und Ajan auf die Liste von Personen, die Extremismus und Terrorismus fördern.
9.2.2017	AI konstatiert in einem in London vorgestellten Bericht, dass die kasachstanischen Behörden zunehmend aggressiv und mit ausgefeilten technischen Methoden Kritik im Internet und insbesondere in den sozialen Medien ahnden und unterbinden.
10.2.2017	Der bisherige Direktor des Kasachstanischen Instituts für strategische Studien (KISI), Jerlan Karin, wird zum Chef des staatlichen Medienunternehmens »Kasachstan« ernannt.
10.2.2017	In einem vom britischen Energie-Vergleichsportal The Eco Experts herausgegebenen Ranking der am stärksten mit giftigen Stoffen belasteten Staaten finden sich Kasachstan (und Turkmenistan) gemeinsam mit anderen Öl und Gas fördernden Ländern auf den vorderen Plätzen.
11.2.2017	Vize-Premier Askar Mamin erörtert bei Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Rogosin in Moskau vor allem Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Raumfahrt.
11.2.2017	Erneut wird der Überlandverkehr landesweit durch starken Frost und Schneeverwehungen stark eingeschränkt.
13.2.2017	In Astana finden Anti-Terror-Übungen der Sicherheitskräfte statt.
13.2.2017	Der frühere Minister für die nationale Wirtschaft, Kuandyk Bischimbajew, soll nach Angaben des Komitees zur Korruptionsbekämpfung 1 Mrd. Tenge (knapp 3,1 Mio. US-Dollar) veruntreut haben.
13.2.2017	Der Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung Sajasy Kalam – Tribuna (Der politische Stift – Tribüne), Schanbolat Mamai, wird wegen des Verdachts von Geldwäsche und angeblicher Verbindungen zum früheren BTA-Bank-Chef Abljasow festgenommen.
13.2.2017	Aus mehreren Gebieten des Landes werden Festnahmen von hohen Staatsbediensteten gemeldet, darunter eines Staatsanwalts in Atyrau (wegen Geldwäsche), eines Mitarbeiters des Kontrolldienstes für Staatseinnahmen im Gebiet Kostanai und eines Mitarbeiters der Abteilung für Arbeit im Gebiet Pawlodar (beide wegen Annahme von Schmiergeldern).
14.2.2017	Innenminister Kalmuchanbet Kasymow schlägt im Rahmen eines Briefings im Parlament vor, soziale Netzwerke dazu zu verpflichten, kasachstanische Provider zu nutzen.
14.2.2017	Das Komitee für Korruptionsbekämpfung lädt Ex-BTA-Bank-Chef Abljasow erneut (mit Frist zum 15.2.) zu vorgerichtlichen Untersuchungen vor.
15.2.2017	Die Behörden blockieren zahlreiche Seiten von sogenannten Suizid-Spielen in den sozialen Netzwerken, die seit Anfang des Jahres mehrere Jugendliche in Kasachstan zu Selbstmorden animiert haben sollen.
15.2.2017	Senatssprecher Kasym-Schomart Tokajew signalisiert bei einer Sitzung der oberen Parlamentskammer gegenüber der Regierung, dass es in Zukunft kein schnelles Durchwinken von Gesetzen durch den Senat mehr geben werde.
16.2.2017	Die russisch-iranisch-türkische Kontaktgruppe zur technischen Umsetzung des Syrien-Waffenstillstandsabkommens trifft sich mit einem Tag Verzögerung zu einer dritten Runde von Gesprächen in Astana.
16.2.2017	Die österreichische Polizei lässt die in der Vorwoche festgenommenen kasachstanischen Biathleten frei, nachdem Untersuchungen keinen Hinweis auf Doping erbracht hatten.
16.2.2017	Finanzminister Sultanow kündigt im Rahmen einer Kabinettsitzung an, im Jahr 2017 aus dem nationalen Wohlfahrtsfonds SamrukKazyna insgesamt 2,1 Trillionen Tenge (ca. 6,5 Mrd. US-Dollar) für die Stützung angeschlagener Banken bereitzustellen.
16.2.2017	Aus dem Ministerium für Investitionen und Entwicklung wird die Gründung des neuen Staatsunternehmens Kazakh Invest gemeldet, dessen Aufsichtsrat Premier Sagyntajew vorsitzen soll.
16.2.2017	Die Anwälte des vor gut einem Jahr in österreichischer U-Haft verstorbenen Ex-Schwiegersohns von Präsident Nasarbajew, Rachat Alijew, kündigen in Wien an, trotz der jüngsten Bestätigung des St. Galler Instituts für forensische Medizin, dass Alijew Selbstmord begangen habe, weitere Untersuchungen an.
17.2.2017	Die Kontaktgruppe zur Umsetzung des Syrien-Waffenstillstandsabkommens kommt bei ihren Beratungen in Astana nur schleppend voran. Der ständige Vertreter Syriens bei den Vereinten Nationen, Bashar Jafari, beschuldigt insbesondere die Türkei, nicht ernsthaft an einer Umsetzung des Abkommens von Astana interessiert zu sein.

Kirgistan

21.1.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL berichtet, dass am Vortag der stellvertretende Innenminister Kursan Asanow in Bischkek vor den Augen von Parlamentariern in einem Cafe den Chefredakteur der Zeitung Asia-News, Aslan Sartbajew, tötlich angegriffen habe. Anlass soll ein kritischer Bericht der Zeitung gewesen sein.
22.1.2017	Ausgehend von Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Fußballfans des kirgisischen Dorfes Kuktosch (Gebiet Batken) und des tadschikischen Ortes Tschorkuch (Gebiet Sogd) kommt es zu Gewalttätigkeiten zwischen weiteren Dorfbewohnern, ein Haus und vier Autos werden beschädigt. Die Grenzdienste beider Staaten beschließen zusätzliche gemeinsame Patrouillen.
22.1.2017	In einem Bischkeker Spezialkrankenhaus erliegt einer der Verletzten des Absturzes einer türkischen Frachtmaschine am 16.1. seinen schweren Verletzungen. Die Zahl der Opfer erhöht sich damit auf 39.
23.1.2017	Präsident Almasbek Atambajew unterzeichnet eine Gesetzesänderung, mit der die Strafen für den Genuss von Alkohol, Narkotika und psychotropischen Substanzen in der Öffentlichkeit auf bis zu 3.000 Som (43 US-Dollar) erhöht und damit ungefähr verzehnfacht werden.
23.1.2017	Der kirgisische Dienst von RFE/RL meldet, dass das Bezirksgericht von Susak (Gebiet Dschalalabad) Latipdschan Chalmirsajew zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe wegen Organisation der Gewalttätigkeiten in der Nähe der Baumwollfabrik Sanpa am 12./13.6.2010 verurteilt hat. Damals hatten ca. 1.000 Menschen die Straße Bischkek–Osch blockiert und Autofahrer attackiert, es gab 16 Opfer. Bislang wurden 17 Beteiligte zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. Chalmirsajew war erst vor zwei Jahren entdeckt und verhaftet worden.
23.1.2017	Die Kumtor Gold Company teilt mit, dass sie 2016 17.137 kg Gold gefördert hat.
24.1.2017	Das Bezirksgericht von Tschui bestätigt das Urteil der Vorinstanzen gegen den usbekischen Menschenrechtler Asimschan Askarow – lebenslänglich. Askarow tritt noch im Gerichtssaal in den trockenen Hungerstreik. Seine Anwälte und kirgisische Menschenrechtler bezeichnen das Urteil als ungerecht und politisch motiviert. Der Hohe Kommissar für Menschenrechte der UN, Seid al-Hussein, drückt in einer Stellungnahme seine tiefe Beunruhigung über das Urteil und die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards in Kirgistan aus.
24.1.2017	Das Komitee für Nationale Sicherheit teilt mit, dass am 19.1. in Kara-Suu (Gebiet Osch) ein Mann unter dem Verdacht der aktiven Tätigkeit für die extremistische Hizb ut-Tahrir festgenommen wurde. Bei einer Haussuchung sei eine große Zahl von DVDs beschlagnahmt worden, auf denen zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung aufgerufen wurde.
25.1.2017	Die Vertretung der EU in Kirgistan ruft in einer Mitteilung im Zusammenhang mit dem Fall Askarow die Führung des Landes zur Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte auf.
25.1.2017	Das Komitee für nationale Sicherheit teilt mit, dass am 20.1. zwei der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung Verdächtige verhaftet wurden, die Falschgeld im Wert von 56.000 US-Dollar bei sich hatten. Näheres wird nicht bekannt.
26.1.2017	Präsident Atambajew empfängt Angehörige von Opfern des Flugzeugabsturzes am 16.1.. Währenddessen dementieren die Behörden Gerüchte, dass die Bewohner der betroffenen Datschensiedlung Datschi-Suu der Gefahr einer Kerosin-Vergiftung ausgesetzt seien.
26.1.2017	Die stellvertretende Außenministerin Dinara Kemelowa empfängt den Vertreter der OSZE in Kirgistan, Markus Müller, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
27.1.2017	Anlässlich der Unterzeichnung des Dekrets über die Verkündung des offiziellen Textes der Verfassung erklärt Präsident Atambajew, dass die Kirgisen neben Chinesen, Griechen und Juden eines der ältesten Völker der Erde seien und äußert die Hoffnung, dass sie, wenn sie schon nicht so zahlreich seien wie die Chinesen, doch so einig, reich und stark wie die Juden würden.
27.1.2017	Ein Gericht in Bischkek verurteilt den ehemaligen Ak-Schol-Parlamentsabgeordneten Maksat Kunakunow wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Umsturzversuches zu zehn Jahren Freiheitsentzug. Fünf Männer, die sich im Sommer 2015 im Zentrum von Bischkek während einer Anti-Terror-Operation eine Schießerei mit Sicherheitskräften geliefert hatten, werden im gleichen Zusammenhang zu 28–17 Jahren Gefängnis verurteilt.
27.1.2017	Nach Angaben von Vize-Premier Oleg Pankratow hat Kirgistan seit seiner Unabhängigkeit 9,2 Mrd. US-Dollar von internationalen Geldgebern erhalten, 6,7 Mrd. US-Dollar bzw. 73 % seien als Darlehen gewährt worden, 2,5 Mrd. US-Dollar waren nicht rückzahlbare Zuschüsse.
27.1.2017	UNDP Kirgistan warnt, dass sich die HIV-Situation im Land erheblich verschlechtert hat. Am 1.1.2017 seien 7.100 Infizierte registriert gewesen, 712 mehr als ein Jahr zuvor.

27.1.2017	In Duschanbe endet eine mehrtägige Sitzung der kirgisisch-tadschikischen Arbeitsgruppe zur Beratung von Grenzfragen, Ergebnisse werden nicht bekannt.
27.1.2017	Der Ständige Rat der OSZE erneuert das Mandat für das OSZE-Zentrum in Bischkek.
27.1.2017	Landwirtschaftsminister Nurbek Muraschew und sein deutscher Amtskollege Christian Schmidt unterzeichnen auf der Grünen Woche in Berlin eine gemeinsame Erklärung zur künftigen Zusammenarbeit, die eine Intensivierung der Kooperation im Bereich der Wissenschaft und innovativer Technologien sowie bei der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen vorsieht.
29.1.2017	Fast fünf Jahre nach ihrer Unterzeichnung tritt eine bilaterale Vereinbarung zwischen Russland und Kirgistan über Status und Nutzungsbedingungen der russischen Militärstützpunkte in Kirgistan in Kraft, meldet die Rossijskaja Gaseta. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren mit einer automatischen Verlängerungsoption von fünf Jahren.
30.1.2017	Der usbekische Menschenrechtler Askarow beendet auf Drängen von Freunden und Menschenrechtsaktivisten seinen Hungerstreik.
30.1.2017	Das Komitee für nationale Sicherheit meldet die Festnahme von zwei Mitgliedern eines internationalen Drogenhändlerings und die Beschlagnahmung von 25 kg Heroin.
30.1.2017	Nach den Worten von Wirtschaftsminister Arsybek Kodschoschew haben 2016 110.000 Touristen Kirgistan besucht, das ist ein Rückgang gegenüber 2015 um 12 %.
30.1.2017	Nach Angaben des Nationalen Statistischen Komitees ist beim Warenaustausch Kirgistans mit den Mitgliedsländern der EEU in den ersten 11 Monaten 2016 ein Rückgang um 16,7 % zu verzeichnen. Der Export verringerte sich um 8,1 % auf 317,2 Mio. US-Dollar, der Import um 18,5 % auf 1,43 Mrd. US-Dollar.
30.1.2017	Die türkische Zeitung Hürriyet berichtet, dass die türkische Generalstaatsanwaltschaft 17 ausländische Hochschulen, darunter auch die Internationale Atatürk-Alatoo-Universität in Kirgistan (sowie je eine Hochschule in Kasachstan und Turkmenistan) auf die Liste der Terrorunterstützer gesetzt hat. Sie sollen Fethullah Gülen und seiner Bewegung nahestehen.
31.1.2017	Nach Angaben von Vize-Premier Dschenisch Rasakow haben die staatlichen Organe für nationale Sicherheit 2016 51 terroristisch-extremistische Organisationen identifiziert, von denen 42 verboten wurden.
2.2.2017	Die Parlamentsfraktion von Ata-Meken hat das Verfahren für ein Misstrauensvotum gegen die Regierung Dscheenbekow eingeleitet, weil sie sich in Bezug auf Kirgistans Mitgliedschaft in der EEU ihren Aufgaben nicht gewachsen zeige, teilt Omurbek Tekebajew mit. Der Fraktionsvorsitzende von Onuguu-Progress, Bakyt Torobajew, fordert aus gleichem Grund den Premier zum Rücktritt auf.
2.2.2017	Der 2015 gebildete Russisch-kirgisische Entwicklungsfonds hat bislang 640 Projekte mit einer Summe von 202 Mio. US-Dollar unterstützt, teilt Premier Dscheenbekow vor dem Parlament mit.
3.2.2017	Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft teilt mit, dass es auf Basis eines entsprechenden Regierungsbeschlusses dem International Sebati Educational Institutions' board of founders beitreten wird. Sebati umfasst 16 High Schools, die Internationale Atatürk-Alatoo Universität, die Silk Road International School, drei allgemeinbildende Schulen und Wohnheime in Bischkek, Osh und Dschalalabad mit insgesamt 12.043 Schülern und Studenten. Es handelt sich um Lehranstalten der von Ankara bekämpften Gülen-Bewegung. Nach Angaben des kirgisischen Ministeriums ist eine Schließung nicht geplant, im Gegenteil würden sie einen wichtigen Platz im Bildungswesen einnehmen.
4.2.2017	In der Nacht kommt es zu 17 Lawinenabgängen auf Überlandstraßen, vor allem in den Gebieten Naryn und Dschalalabad; ein Soldat kommt ums Leben.
4.2.2017	Der Export kirgisischer Produkte in die EU ist in den ersten 11 Monaten 2016 um 53,4 % auf 66,7 Mio. US-Dollar gestiegen. Dieser seit dem Rekordjahr 2011 nicht erreichte Wert wird auf die Gewährung des GSP+ Status durch die EU im Januar 2016 zurückgeführt, der es kirgisischen Unternehmen ermöglicht, mehr als 6.200 Produkte zollfrei in die EU einzuführen.
4.2.2016	In Dschaschtyk, Bezirk Lejlek (Gebiet Batken), findet ein Treffen des Vorsitzenden des Grenzdienstes Kirgistans, Mirbek Kasymkulow, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der tadschikischen Grenztruppen, Radschbali Rachmonali, statt, bei dem die aktuellen Zustände an der gemeinsamen Grenze und Perspektiven der Zusammenarbeit erörtert werden.
6.2.2017	Präsident Atambajew unterschreibt die neue Strafprozessordnung, die u. a. Anwälten mehr Rechte gewährt, sowie das neue Strafgesetzbuch und den Kodex über Ordnungswidrigkeiten.

6.2.2017	Nach starken Schneefällen herrscht große Lawinengefahr, auf vielen Überlandstraßen liegt meterhoch Schnee. Im Bezirk Aksy stürzen die Dächer von 20 Gebäuden unter der Schneelast ein, Menschen kommen nicht zu Schaden.
6.2.2017	Premier Dscheenbekow erörtert mit dem Vorsitzenden des staatlichen Migrationsdienstes, Medetbek Ajdaralijew, die Situation der Arbeitsmigranten. Derzeit sollen mehr als 600.000 Kirgistaner in Russland und mehr als 110.000 in Kasachstan arbeiten.
6.2.2017	Die Delegation der Europäischen Union in Kirgistan teilt mit, dass zwei europäische Experten eine 15tägige Mission zur Unterstützung der Regierung bei der Steigerung der Exporte in die EU entsprechend dem GSP+ Status begonnen haben.
6.2.2017	Die Bewohner des Dorfes Ornok (Gebiet Issyk-Kul) haben laut einem Bericht der Nachrichtenwebsite Turmush am 3.2. nach einem gemeinsamen Beschluss, Alkohol aus dem Ort zu verbannen, um in Frieden und Einigkeit leben zu können, Alkoholvorräte der Dorfbläden aufgekauft und alle vorhandenen Alkoholika in die Kanalisation geschüttet.
7.2.2017	Im Dorf Ken-Suu, Bezirk Tjup (Gebiet Issyk-Kul) werden zwei Schüler von einer Lawine verschüttet, einer stirbt.
7.2.2017	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden 2016 in Kirgistan der Zugang zu 86 Websites wegen extremistischer Inhalte blockiert.
10.2.2017	Nach Angaben aus dem Gesundheitsministerium ist 2016 die Müttersterblichkeit in Kirgistan um 30 % gesunken, nachdem sie sich nach Angaben der WHO von 1990 bis 2015 nur um 5 % verringert hatte.
10.2.2017	Der Chefredakteur der Zeitung De-Fakto, Amantur Musagulow, wird am Abend in Bischkek von zwei Unbekannten mit Stöcken zusammengeschlagen.
10.2.2017	Premier Dscheenbekow teilt mit, dass sich die ADB aus der Finanzierung eines Projektes zur Wasserversorgung ländlicher Gebiete wegen fehlerhaften Verhaltens der örtlichen Projektverantwortlichen und Korruption zurückgezogen hat.
10.2.2017	Die Nationalbank teilt auf ihrer Website mit, dass sie ein graphisches Symbol (ein unterstrichenes C) für die Nationalwährung Som offiziell eingeführt hat, dessen Verwendung nun allgemein empfohlen wird.
11.2.2017	Nach Angaben des kirgisischen Dienstes von RFE/RL wurde im Dorf Manas (Gebiet Talas) von ca. 100 Anhängern und Verwandten ein Komitee zur Verteidigung von Dastan Sarygulow gebildet. Sarygulow war 2016 gemeinsam mit acht anderen Politikern unter dem Verdacht des Versuchs der gewaltsamen Machtübernahme verhaftet worden, wegen seines schlechten Gesundheitszustandes wurde dies im November in Hausarrest umgewandelt. Im laufenden Prozess fordert die Staatsanwaltschaft 12 Jahre Haft für Sarygulow.
11.2.2017	Bakyt Dschyltyrow wird von seinem Posten als Generalstabschef entlassen, Nachfolger wird Ularbek Scharschejew. Almasbek Karasartow wird neuer Kommandeur der Nationalgarde.
12.2.2017	Der Spielfilm Centaur des kirgisischen Regisseurs Aktan Abdykalykow (Aktan Arym Kubat), der mit seinem Film »Der Dieb des Lichts« auch in Deutschland großen Erfolg hatte, feiert auf den 67. Internationalen Filmfestspielen in Berlin seine Weltpremiere.
13.2.2017	Sajyrbek Ergeschow wird neuer Direktor des Staatskomitees für religiöse Angelegenheiten.
14.2.2017	Der Pressedienst des Innenministeriums meldet die Festnahme von acht der aktiven Mitgliedschaft in der islamistischen Hizb ut-Tahrir Verdächtigen im Bezirk Kara-Suu (Gebiet Osch).
14.2.2017	Die Summe der Rücküberweisungen nach Kirgistan ist 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 21,6% auf 1, 63 Mrd. US-Dollar gestiegen, teilt der Chef der Nationalbank Tolkunbek Abdygulow vor der Presse mit.
14.2.2017	Nach Angaben des Pressedienstes des Parlamentes haben die Abgeordneten 1,15 Mio. Som (1,6 Mio US-Dollar) für Opfer und Hinterbliebene des Flugzeugabsturzes vom 16.1. gespendet. Bislang sind 84,6 Mio. Som (1,2 Mio. US-Dollar) an Spenden aus der Bevölkerung auf einem Sonderkonto des Ministeriums für Katastrophenschutz eingegangen. Mit der Auszahlung dieser Gelder wie auch der staatlichen Unterstützung wurde bereits begonnen.
14.2.2017	Eine Lawine verschüttet ein Wohnheim und eine Großküche der chinesischen Kichi-Chaarat AG im Bezirk Tschatkal (Gebiet Dschalalabad); da die Arbeiter sich nicht dort aufhielten, wird nur eine Person verletzt. Auf manchen Überlandstraßen liegt der Schnee mehr als 1,5 m hoch. Nach Angaben kirgisischer Meteorologen ist in den ersten zehn Tagen des Monats mehr Schnee gefallen, als gewöhnlich im ganzen Februar. In vielen Gebieten besteht erhöhte Lawinengefahr.
14.2.2017	AKIpress meldet unter Berufung auf Außenminister Abdylidajew, dass das OSZE-Zentrum in Bischkek zum 1.5.2017 auf ein Büro heruntergestuft wird. Gespräche über die Änderung würden laufen, die 57 Mitglieder der OSZE hätten bereits zugestimmt.

15.2.2017	Die Präsidentschaftswahlen werden auf den 19.11.2017 festgelegt.
15.2.2017	Der Außenhandelsumsatz Kirgistans betrug 2016 5,46 Mrd. US-Dollar und lag damit 1,4 % niedriger als im Vorjahr, meldet das Nationale Statistische Komitee.
16.2.2017	Präsident Atambajew wird zu Beginn seines Aufenthaltes in Brüssel vom belgischen König Philippe empfangen. Es folgen Gespräche mit dem Vorsitzenden des Europäischen Rates, Donald Tusk, und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, über die Zusammenarbeit Kirgistan-EU. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sagt Unterstützung der Union für Demokratisierung und Wirtschaftswachstum zu, spricht aber auch die Menschenrechtslage in Kirgistan an. Menschenrechtler demonstrieren bei Ankunft Atambajews vor dem Europarat für die Freilassung des usbekischen Menschenrechtlers Askarow. Außenminister Abdyldajew und der EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica, unterzeichnen zwei Finanzierungsabkommen im Wert von insgesamt 23 Mio. Euro für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie regionale Entwicklung.
17.2.2017	In einem Interview mit dem Fernsehkanal Euronews bedauert Präsident Atambajew, dass Kirgistan die Mitgliedschaft in der EU verschlossen sei. Kirgistan sei auf Verbindungen mit der Welt angewiesen, die Schließung der Grenze durch das Nachbarland Kasachstan während der Unruhen 2010 habe sogar Todesopfer gefordert.
17.2.2017	Im usbekischen Fergana finden reguläre Verhandlungen zwischen Vize-Premier Dschenisch Rasakow und seinem usbekischen Amtskollegen Adcham Ikramow zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Grenze statt.
17.2.2017	Bei der 19. Sitzung der russisch-kirgisischen Zwischenregierungskommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Moskau unter Vorsitz des Direktors des Russischen Föderalen Zolldienstes, Wladimir Bulawin, und dem kirgisischen stellvertretenden Premier, Oleg Pankratow, wird eine Steigerung des Imports (auch tierischer) kirgisischer Produkte vereinbart.
17.2.2017	Der Fahrer eines Lastwagens, der am Vortag in Bischkek mit einem Fahrzeug der Botschaft der RF in Kirgistan zusammengestoßen war, erliegt seinen schweren Verletzungen. Kirgisische Medien melden, dass am Steuer des Botschaftsfahrzeugs der stellvertretende CEO von Rosneft in Kirgistan, Igor Rjasnyj, gesessen habe, was die russische Seite bestreitet.

Tadschikistan

21.1.2017	Nach Angaben von Todschiddin Asomuddinsoda, des Rektors der einzigen religiösen Hochschule Tadschikistans, des Islamischen Instituts, ist die Zahl der Erstsemester im Studienjahr 2016–2017 mit 197 um fast 40 % geringer als im Vorjahr (308).
23.1.2017	Präsident Emomali Rachmon entlässt den bisherigen Transportminister Scherali Gandschalsoda und ernennt Chudojor Chudojorsoda zu seinem Nachfolger. Sulajmon Sultonsoda wird neuer Chef der Agentur für den Kampf gegen Korruption, der bis zu seiner Ernennung zum Bürgermeister von Duschanbe in der Vorwoche Rachmons Sohn Rustam Emomali vorgestanden hatte.
24.1.2017	Präsident Rachmon empfängt den Sondergesandten der EU für Zentralasien, Peter Burian, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
24.1.2017	Nach Angaben von Usmonali Usmonsoda, Minister für Wasserenergie, hat Tadschikistan 2016 knapp 1,4 Mrd. kWh Strom exportiert, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um ca. 10 %. Hauptempfänger war Afghanistan.
24.1.2017	Die Generalstabschefs der Streitkräfte Russlands und Tadschikistans, Walerij Gerasimow und Emomali Sobirsoda, erörtern bei einem Treffen in Moskau Maßnahmen zur Erhöhung der Kampfkraft der tadschikischen Armee.
24.1.2017	Der Sprecher der unteren Kammer des Parlaments, Schukurdschon Suchurow, wird während seines offiziellen Besuches in Saudi-Arabien von König Salman ibn Abd al-Aziz empfangen. Bei einem Gespräch mit dem stellvertretenden Finanzminister Muhammad Al Mazijat werden mögliche saudische Investitionen zur Entwicklung von Tourismus, Kommunikation, Energie und Transport in Tadschikistan erörtert.
27.1.2017	Es wird bekannt, dass die Agentur für den Kampf gegen Korruption Ermittlungen gegen die Stadtverwaltung von Duschanbe während der Amtszeit des am 12.1. entlassenen Bürgermeisters Machmadsaid Ubajdullojew aufgenommen hat.

27.1.2017	Bei der 14. Sitzung der tadschikisch-russischen Zwischenregierungskommission für Handel und Wirtschaft in Duschanbe wird u. a. das seit Wochen zwischen beiden Staaten strittige Problem der Flugverbindungen gelöst: Ab 3.2. kann Somon Air seine am 23.12. von russischer Seite eingestellten Flüge nach Krasnojarsk, Krasnodar, Ufa and Orenburg wieder aufnehmen. Flüge vom Moskauer Flughafen Zhukovskij finden auf paritätischer Basis von Tajik Air und Uralskie Avialinii statt.
27.1.2017	In Duschanbe endet eine mehrtägige Sitzung der kirgisisch-tadschikischen Arbeitsgruppe zur Beratung von Grenzfragen, Ergebnisse werden nicht bekannt.
27.1.2017	Die Auslandsschulden Tadschikistans sind nach Angaben des stellvertretenden Finanzministers, Jamsched Karimsod, im Jahr 2016 um 79,9 Mio. US-Dollar auf insgesamt 2,3 Mrd. US-Dollar (= 32,7% des BIP) gestiegen.
28.1.2017	Präsident Rachmon empfängt in Duschanbe den russischen Vize-Premier Igor Schuwalow zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis.
28.1.2017	Präsident Rachmon unterzeichnet die am 24.1. von der Regierung verabschiedeten Regeln für die die Erteilung von E-Visa für ausländische Staatsbürger und Staatenlose, mit denen das am 1.6.2016 eingeführten E-Visasystem ausgebaut wird.
28.1.2017	Nach Angaben von RFE/RL lassen Agroinvestbank und Todschiksodirobank erstmals seit Herbst 2016 zu, dass Einleger Zinsen abheben und Konten auflösen, allerdings mit einer täglichen Obergrenze von 3.800 Somoni (380 US-Dollar).
30.1.2017	Am vorangegangenen Wochenende sind neun Menschen durch mehrere Lawinenabgänge auf die Überlandstraße Duschanbe–Chudschand ums Leben gekommen, melden tadschikische Medien.
30.1.2017	Nach Angaben der Vorsitzenden des Komitees für Sprache und Terminologie, Gawchar Scharofsoda, wurden 2016 59 Verfahren wegen Nichteinhaltung der Normen der Staatssprache eingeleitet und Strafbefehle in Höhe von insgesamt 45.660 Somoni (5.700 US-Dollar) erlassen.
31.1.2017	Die Fluggesellschaft Tajik Air erhält die russische Genehmigung für zwei Flugverbindungen zum Moskauer Flughafen Zhukovskij, bislang gab es nur sieben Verbindungen nach Domodedovo.
2.2.2017	Die Strafverfolgungsbehörden stellen das Verfahren gegen Faromusa Saidow unerwartet ein. Der Sohn von Vize-Premier Dawlatali Saidow hatte im September 2016 in Duschanbe einen Verkehrsunfall verursacht, bei dem zwei Menschen ums Leben gekommen waren. Die Generalstaatsanwaltschaft konnte nun kein menschliches Versagen erkennen, Unfallursache seien technische Fehler bei der Produktion des Autos gewesen.
2.2.2017	Der Direktor der Drogenkontrollagentur, Scherchon Salimsoda, gibt bei einem Treffen mit Journalisten die Zahl der aktuell in Tadschikistan registrierten Drogenabhängigen mit 7.067 an, davon 175 Frauen.
2.2.2017	Asia-Plus meldet, dass mehr als 20 ehemalige Mitglieder der im Herbst 2015 verbotenen Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) die Aufnahme in die Volksdemokratische Partei von Präsident Rachmon beantragt hätten.
3.2.2017	Fergananews.com publiziert eine Erklärung der PIWT, in der eine wachsende Zahl von Menschenrechtsverletzungen 2016 in Tadschikistan beklagt wird.
3.2.2017	Sarif Alisoda, Ombudsmann für Menschenrechte, erklärt in Reaktion auf Fragen von RFE/RL, dass in tadschikischen Haftanstalten keine Folter gegen verurteilte Führer und Aktivisten der verbotenen PIWT angewendet wurde und ihnen allen ein Rechtsbeistand zur Seite stehe.
4.2.2017	In einem Interview mit dem tadschikischen Dienst von RFE/RL berichtet der oberste Auditor der Rechnungskammer, dass sieben Mitarbeiter lokaler Behörden in Bochtar (Gebiet Chatlon), Kanibadam (Gebiet Sogd), Ruschan (GBAO) und Kurgan-Tjube (Gebiet Chatlon) wegen des Vorwurfs der missbräuchlichen Verwendung von Haushaltsmitteln entlassen und weitere 200 disziplinarisch zur Verantwortung gezogen wurden.
4.2.2017	Der stellvertretende Vorsitzende des tadschikischen Grenztruppen, Radschabali Rachmonali, und der Vorsitzende des kirgisischen Grenzdienstes, Mirbek Kasymkulow, treffen im kirgisischen Dschaschtyk (Gebiet Batken) zu einem Meinungsaustausch über die aktuelle Situation an der gemeinsamen Grenze und die weitere Zusammenarbeit zusammen.
6.2.2017	Präsident Rahmon wird in Katar von Emir Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani zu einem Meinungsaustausch über die bilateralen Beziehungen und insbesondere eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit empfangen. Am Vortag hatte Rachmon bei einem Treffen mit Scheich Abdulla bin Mohammed bin Saud Al Thani, dem CEO der Qatar Investment Authority, zu Investitionen insbesondere in den tadschikischen Bergbau, aber auch in die Tourismusinfrastruktur, den Energiesektor und die Landwirtschaft aufgerufen. Auch die zeitgleichen Gespräche von Außenminister Sirojiddin Aslow mit seinem katarischen Amtskollegen Scheich Mohammed bin Abdulrahman Al-Thani konzentrierten sich auf die bilaterale ökonomische Zusammenarbeit.

7.2.2017	Der ehemalige Bürgermeister von Duschanbe, Ubajdullojew, legt sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung nieder.
8.2.2017	Die Grenztruppen melden, dass Anfang der Woche an der der Grenze zu Afghanistan im Bereich der Abschnitte Pjandsch und Chamadoni drei afghanische Drogenschmuggler erschossen wurden. In beiden Fällen wurden je knapp 30 kg Haschisch und Schusswaffen beschlagnahmt.
8.2.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass dem Lehrplan für die Ausbildung von höheren Beamte und Diplomaten am Verwaltungsinstitut beim Präsidenten schon seit Jahresbeginn das neue Unterrichtsfach »Die Schule der Staatlichkeit Emomali Rachmons« hinzugefügt wurde.
9.2.2017	Im russischen Samara wird ein illegaler tadschikischer Arbeitsmigrant, der am 1.1.2015 fälschlicherweise telefonisch angekündigt hatte, dass ein Einkaufszentrum als »Geschenk des IS« binnen einer Stunde in die Luft fliegen werde, zu zwei Jahren Haft verurteilt.
10.2.2017	Der Sprecher der unteren Kammern des Parlamentes, Suchurow, schlägt auf dem Unternehmerforum Tschechien-Tadschikistan in Duschanbe die Bildung eines gemeinsamen Unternehmerrates vor. Jan Hamáček, Vorsitzender des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments, erklärt, dass Zentralasien immer mehr in den Fokus der Welt rücke und äußert die Erwartung, dass der Wirtschaftsaustausch beider Länder erheblich anwachsen werde.
10.2.2017	Allein im Januar sind bei Lawinenabgängen 13 Menschen ums Leben gekommen, wird aus dem Staatskomitee für Katastrophenschutz bekannt. Nach Angaben von Meteorologen erlebt Tadschikistan derzeit den schneereichsten und kältesten Winter seit mehreren Jahrzehnten.
13.2.2017	Gazprom International teilt auf seiner Website mit, dass das Unternehmen die letzten beiden Lizenzen für die Suche nach Kohlenwasserstoffvorkommen in Tadschikistan zurückgegeben habe. Man erörtere derzeit aber Möglichkeiten der Suche nach Erdgasvorkommen im Südwesten und Norden des Landes.
13.2.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass der tadschikische Botschafter in Afghanistan, Scharofiddin Imonow, in einem Gespräch die Behauptung eines afghanischen Parlamentariers, Russland versorge über die tadschikisch-afghanische Grenze hinweg heimlich die Taliban mit Waffen, als »absolute Lüge« bezeichnet habe.
14.2.2017	Im neu veröffentlichten Tadschikistanbericht der Weltbank wird die Schaffung von Arbeitsplätzen als die entscheidende Zukunftsaufgabe bezeichnet. Derzeit seien 40 % der Jugendlichen und ca. 27 % der Frauen im Land arbeitslos.
16.2.2017	Mehrere Massenmedien berichten, dass die tadschikische Regierung ein Paket von Vorschlägen zur Entminung der Grenze zu Usbekistan erarbeite, das der neuen usbekischen Führung vorgelegt werden solle. Derzeit sollen noch ca. 9,5 km ² Flächen im Grenzbereich mit Anti-Personen-Minen verseucht sein, 350.000 Tadschiken leben in verminten Gebieten.
16.2.2017	Bei einem Gespräch mit seinem afghanischen Amtskollegen Salahuddin Rabbani in Duschanbe bekundet Außenminister Aslow seine Unterstützung für einen Beitritt Afghanistans in die SCO, Rabbani verspricht Frieden und Stabilität an der gemeinsamen Grenze.
16.2.2017	Nach Angaben von Generalstaatsanwalt Rachmon Jusuf Achmadsod vor dem Parlament haben sich 2016 fünf Mal weniger tadschikische Staatsbürger dem IS angeschlossen als im Vorjahr. Absolute Zahlen nennt Amchadsod allerdings nicht.
16.2.2017	Das Teehaus Rochat in Duschanbe ist in der neuen Liste »11 of the world's best tea houses« auf der Website des US-Fernsehsenders CNN aufgeführt.
17.2.2017	Im Anschluss an ein tadschikisch-türkisches Businessforum am 16.2. empfängt Präsident Rachmon den stellvertretenden türkischen Premierminister Yıldırım Tuğrul Türkeş zu Gesprächen über Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses.
17.2.2017	In Astana tagt die Kommission für ökonomische Zusammenarbeit zwischen Tadschikistan und Kasachstan.
17.2.2017	Asia-Plus berichtet von einem wachsenden Mangel an US-Dollar in den Wechselstuben. Als Grund wird angeführt, dass die die Bevölkerung wegen des sinkenden Somoni-Kurses ihre ersparten US-Dollar nicht umtausche.

Turkmenistan

21.1.2017	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow beginnt eine Wahlkampfreise durch alle Gebiete des Landes, bei der er auf einer Korvette der Küstenwache mitfahren, Gedichte rezitieren und vor Gasarbeitern selbst komponierte Lieder darbieten wird.
-----------	--

24.1.2017	In der afghanischen Provinz Sary-Pul wird ein aus Turkmenistan stammender IS-Kämpfer von Sondereinheiten der afghanischen Polizei festgenommen.
24.1.2017	Der wegen Drogenkonsums im November 2016 zu zwölf Jahren Haft verurteilte bekannte Musiker Nasir Habibow wird überraschend aus dem Gefängnis entlassen.
25.1.2017	Das Außenministerium kritisiert Äußerungen des stellvertretenden Chefs der tadschikischen Eisenbahngesellschaft, Usmon Kalendarow, wonach sein Land in Planungen einer neuen Eisenbahnstrecke in Umgehung von Turkmenistan nach Russland involviert sei, als unethisch und unfreundlich.
26.1.2017	Das turkmenische Außenministerium reagiert gelassen auf Ankündigungen des Chefs der nationalen iranischen Gasgesellschaft, Hamid Reza Araki, juristisch gegen die einseitige Unterbrechung der Gaslieferungen durch Turkmenistan vorgehen zu wollen und erklärt seine Bereitschaft zu Vermittlungsgesprächen.
26.1.2017	Auf der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE in Wien fordern die Vertreter Kanadas, Islands und der Schweiz eine unabhängige Untersuchung der Todesursache des am 13.1. in Haft verstorbenen ehemaligen Chefs der turkmenischen Grenztruppen, Tirkisch Tyrmyjew.
27.1.2017	Das indische Nachrichtenportal Khabarindia.in meldet, dass die voraussichtliche Inbetriebnahme der TAPI-Pipeline sich um ein Jahr von 2019 auf 2020 verschieben werde.
28.1.2017	Präsident Berdymuchammedow betont im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit mit der EU im Gasbereich.
31.1.2017	Die türkische Staatsanwaltschaft setzt mehrere mutmaßlich von der Gülen-Bewegung finanzierte Universitäten in Turkmenistan (und Kasachstan und Kirgistan) auf die Liste von Institutionen, die terroristische Ideen propagieren.
2.2.2017	Eurasianet.org berichtet, dass die turkmenische Küstenwache ein neues Luftabwehrsystem aus französischer Produktion, das zum Schutz der Küste sowie der Off-shore-Öl- und Gasfördereinrichtungen dienen sollen, erfolgreich getestet hat.
2.2.2017	Einer Resolution der Zentralen Wahlkommission zufolge können Bürger, die sich am Tag der Präsidentenwahl nicht in Turkmenistan aufhalten, bereits ab sofort in turkmenischen Auslandsvertretungen ihre Stimme abgeben.
2.2.2017	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass nach neu in Kraft getretenen Regeln für Geldtransfers an Studenten im Ausland per Western Union etc. versendete Beträge die Höhe der Studiengebühren nicht überschreiten dürfen.
5.2.2017	Die turkmenische Regierung reicht bei der Islamischen Entwicklungsbank (IDB) einen Antrag auf Förderung der TAPI-Pipeline in Höhe von 700 Mio. US-Dollar ein.
5.2.2017	Eine Delegation ausländischer Diplomaten kann ein Frauengefängnis im Gebiet Daschogus besuchen.
7.2.2017	Die kirgisische Nachrichtenagentur Central Asian News meldet, dass die Zahl turkmenischer Bürger, die illegal das Land verlassen, sich im letzten Jahr deutlich erhöht habe. Demnach versuchen viele Menschen mit Touristenvisa in die Türkei zu gelangen oder in LKW-Laderäumen die Grenze zu Iran zu überqueren.
7.2.2017	HRW fordert den UN-Menschenrechtsrat im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen öffentlich auf, Stellung zu den schweren Menschenrechtsverletzungen in Turkmenistan zu nehmen. Auch seien die Voraussetzungen für die Abhaltung freier und demokratischer Wahlen nicht gegeben.
8.2.2017	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass neue Beschränkungen für Abhebungen mit turkmenischen Kreditkarten im Ausland in Kraft getreten sind. Demnach dürfen täglich nur noch zwischen 250 und 300 US-Dollar abgehoben werden.
10.2.2017	Reporter ohne Grenzen weist darauf hin, dass die turkmenischen Behörden derzeit mit beispielloser Härte gegen die letzten im Land verbliebenen unabhängigen Journalisten vorgehen und ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, Druck auf die turkmenische Führung auszuüben.
10.2.2017	In einem vom britischen Energie-Vergleichsportal The Eco Experts herausgegebenen Rankings der am stärksten mit giftigen Stoffen belasteten Staaten finden sich Turkmenistan (und Kasachstan) gemeinsam mit anderen Öl und Gas fördernden Ländern auf den vorderen Plätzen.
12.2.2017	Bei den landesweiten Präsidentschaftswahlen siegt Amtsinhaber Berdymuchammedow mit laut amtlichem Endergebnis 97,69 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 97,27 % und wird somit für sieben weitere Jahre im Amt bestätigt. Auf die übrigen acht Kandidaten entfallen nach Angaben der Zentralen Wahlkommission insgesamt 2,31 % aller abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeobachtungsmissionen der GUS, SCO und Organisation Islamischer Konferenz (OIC) stellen den Wahlen ein gutes Zeugnis aus. Die OSZE war nur mit einer Mission von sechs Experten vor Ort. RFE/RL meldet zahlreiche Verstöße gegen das Wahlrecht.
15.2.2017	RFE/RL meldet, dass allein in dieser Woche der Schwarzmarktkurs des Manat zum US-Dollar von 7:1 auf 7,3:1 gefallen ist. Der offizielle Wechselkurs liegt seit Anfang 2015 unverändert bei 3,5:1.

16.2.2017	Präsident Berdymuchammedow begnadigt per Dekret anlässlich des Tages der Staatsflagge insgesamt 828 Häftlinge.
16.2.2017	Präsident Berdymuchammedow zeigt sich im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung zufrieden mit den Ergebnissen der zurückliegenden Präsidentschaftswahlen.
17.2.2017	Präsident Berdymuchammedow wird offiziell für sieben weitere Jahre in sein Amt eingeführt.

Usbekistan

21.1.2017	Das erste staatliche Fernsehprogramm strahlt einen Bericht über den Besuch Präsident Schawkat Mirsijojew in der Autonomen Republik Karakalpakstan aus, bei dem er sich sehr kritisch über die dortigen sozioökonomischen Verhältnisse äußert.
21.1.2017	Die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet, dass im Rahmen der vom Senat beschlossenen Amnestie anlässlich des 24. Jahrestages der Annahme der usbekischen Verfassung Anfang Oktober inzwischen knapp 40.000 Verurteilte begnadigt wurden.
23.1.2017	Podrobno.uz berichtet, dass Präsident Mirsijojew Vize-Premier Rustam Asimow den Auftrag erteilt habe, dafür zu sorgen, dass zwecks Erhöhung der Geflügelbestände des Landes auf jedem Hof mindestens 100 Legehennen leben.
23.1.2017	RFE/RL berichtet von ernststen Problemen bei der Stromversorgung in Samarkand, die Bewohner mancher Stadtteile müssten ihre Abende bei Kerzenlicht verbringen.
23.1.2017	Präsident Mirsijojew kündigt die Abschaffung der Ausreisevisa für usbekische Staatsbürger an.
23.1.2017	Das Committee to Protect Journalists (CPJ) fordert Präsident Mirsijojew in einem offenen Brief auf, die Einschränkungen der Medienfreiheit in Usbekistan aufzuheben.
24.1.2017	Außenminister Abdulasis Kamilow und sein afghanischer Amtskollege Salahuddin Rabbani bekunden bei einem Treffen in Kabul den beiderseitigen Willen zu einer Intensivierung der Kontakte und erörtern Fragen der regionalen wie internationalen Politik. Im Rahmen des Besuches wird eine ökonomische Road Map unterzeichnet, die die kurzfristige Verdreifachung des Warenaustausches auf 1,5 Mrd. US-Dollar vorsieht.
25.1.2017	Auf der 13. Sitzung der gemeinsamen usbekisch-turkmenischen Kommission für Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in Aschchabad werden Fragen der Intensivierung der Kontakte erörtert.
25.1.2017	Im Vorfeld des Geburtstages des verstorbenen ersten Präsidenten Islam Karimow am 30.1. unterzeichnet Präsident Mirsijojew ein Dokument, mit dem der Flughafen von Taschkent sowie die Staatliche Technische Universität von Taschkent, die Autofabrik in Asaka und der Palast der Künste in Fergana nach Karimow benannt werden. Auch Straßen in allen Teilen des Landes sollen seinen Namen bekommen. Geburts- und Sterbetag des ersten Präsidenten sollen zukünftig feierlich begangen werden, in seiner Residenz Oksaraj wird ein wissenschaftlicher Gedenkkomplex eingerichtet, wo auch der Wohltätigkeitsfonds Islam Karimow ansässig sein wird. Zudem werden Stipendien seines Namens sowie eine Briefmarke mit seinem Porträt herausgegeben.
26.1.2017	An Angaben des usbekischen Dienstes von RFE/RL soll Präsident Mirsijojew Bachtijar Guljamow, General des Nationalen Sicherheitsdienstes (SNB) im Ruhestand, zu seinem verantwortlichen Repräsentanten für besondere Aufgaben ernannt haben. Der ehemalige Berater Islam Karimow und stellvertretende Vorsitzende des SNB war 2004 in den Ruhestand geschickt worden.
26.1.2017	Nach einem vermutlich durch ein leichtes Erdbeben ausgelösten Lawinenabgang am 23.1., bei dem ein Güterzug mit 41 Waggons getroffen wurde, ist die Bahnstrecke Taschkent–Andischan im Bereich des Kamtschikpasses unpassierbar. Aufräumarbeiten haben begonnen.
27.1.2017	Der Pressedienst von Uzagrareksport teilt mit, dass während der Grünen Woche in Berlin Exportverträge für usbekische Agrarprodukte in Höhe von insgesamt 151,2 Mio. US-Dollar abgeschlossen wurden.
27.1.2017	Der Ständige Rat der OSZE erneuert das Mandat für den Projektkoordinator der Organisation in Usbekistan.
27.1.2017	Lola Tillajewa-Karimowa, die jüngere Tochter des verstorbenen Präsidenten Islam Karimow und UNESCO-Botschafterin Usbekistans, wird in Paris für ihr langjähriges Engagement für Kultur und wohltätige Zwecke mit dem von dem italienischen Playboy Massimo Gargia gestifteten The Best Award ausgezeichnet. Vor ihr haben bereits Persönlichkeiten wie Omar Sharif, Karl Lagerfeld und Andy Warhol diesen Preis erhalten.
28.1.2017	In Sankt Petersburg wird ein usbekischer Arbeitsmigrant, der wegen Verletzung der Migrationsgesetze verhaftet worden war, in seiner U-Haftzelle von einem wegen Mordverdacht einsitzenden Mithäftling erschlagen.
30.1.2017	Präsident Mirsijojew legt anlässlich des 79. Geburtstages seines verstorbenen Amtsvorgängers Karimow Blumen an dessen Grab in Samarkand nieder. Im ganzen Land finden Gedenkveranstaltungen statt.

30.1.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass Präsident Mirsijojew am 18.1. ein Dekret über ein Staatsprogramm zur Entwicklung der Aralsee-Region für die Jahre 2017–21 unterzeichnet hat. Es sieht den Einsatz von 8,4 Trilliarden Sum (ca. 1,2 Mrd. US-Dollar) vor, mit denen knapp 100.000 Arbeitsplätze geschaffen und ca. ¼ der Bevölkerung der Republik Karakalpakstan und des Gebiets Choresm mit Trinkwasser versorgt werden sollen.
30.1.2017	Mit Erlass Präsident Mirsijojews wird die Uzagroeksportbank AG gegründet. Das neue Finanzinstitut soll Investitionen zur Entwicklung der Agrarproduktion und des Exports landwirtschaftlicher Produkte finanzieren und Kontakte zu ausländischen Investoren und Finanzinstituten aufbauen.
31.1.2017	In usbekischen Buchläden taucht das erste Buch Präsident Mirsijojews auf, dem ein Vortrag des Präsidenten im Ministerkabinett über den Stand der sozioökonomischen Entwicklung Usbekistans 2016 und die geplanten Prioritäten für 2017 zugrunde liegen.
1.2.2017	Die International Labour Organization (ILO) schreibt in ihrem neuen Bericht, dass die Kinderarbeit in der Baumwollernte Usbekistans stark zurückgegangen sei, Zwangsarbeit aber noch vorkomme.
2.2.2017	Präsident Mirsijojew ernennt Schersod Schermatow zum amtierenden Minister für Entwicklung der Informationstechnologien und Kommunikation.
2.2.2017	Präsident Mirsijojew erlässt eine Anordnung über das Staatsprogramm für den Kampf gegen die Korruption, mit der eine zwischenbehördliche Kommission unter Vorsitz des Generalstaatsanwaltes Ichtijor Abdullajew gebildet wird, deren Beschlüsse für alle anderen Institutionen und Organisationen bindend sein sollen.
2.2.2017	In Taschkent endet ein viertägiger Aufenthalt einer US-amerikanischen Wirtschaftsdelegation unter Führung des Präsidenten der Amerikanisch-usbekischen Handelskammer, Steven Naderni, und ihrer Vorsitzenden, Carolyn Lamm. Am 1.2. waren im Rahmen eines usbekisch-amerikanischen Business-Forum, an dem Vertreter der Regierungen beider Länder und großer Unternehmen teilnahmen, diverse Vereinbarungen zwischen Unternehmen beider Länder unterzeichnet worden.
2.2.2017	Laut Dekret von Präsident Mirsijojew sollen ab Februar alle Renten vollständig in bar ausgezahlt werden. Löhne von Staatsangestellten in entlegenen und gebirgigen Bezirken und Sozialleistungen sollen ebenfalls ganz, Stipendien von Studenten zu mindestens 50 % ausgezahlt werden.
6.2.2017	Außenminister Abdulgasis Kamilow empfängt eine Delegation der EBRD unter Führung ihres Managing Director für Russland und Zentralasien, Natalja Chandschenkowa. Die EBRD hatte 2007 die Zusammenarbeit mit Usbekistan eingestellt, nun werden Möglichkeiten der langfristigen Zusammenarbeit erörtert.
8.2.2016	Außenminister Kamilow trifft in Kuwait mit Premier Scheich Dschabir Mubarak al-Hamad as-Sabah und Außenminister Scheich Sabah Khaled Al-Hamad Al-Sabah zu Gesprächen zusammen. Es wird ein Memorandum zwischen der usbekischen Regierung und dem Kuwait Fund for Arab Economic Development (KFAED) unterzeichnet, das 60 Mio. US-Dollar für die Finanzierung sozialer Projekte in Usbekistan vorsieht.
8.2.2016	Präsident Mirsijojew unterzeichnet die Entwicklungsstrategie 2017–2021, die eine Verbesserung und Modernisierung staatlicher Strukturen, eine Stärkung der Zivilgesellschaft, Reformen im Justizsektor, Liberalisierung etc. in fünf Stufen vorsieht.
10.2.2017	Erstmals seit 25 Jahren landet ein Linienflugzeug aus Duschambe in Taschkent. An Bord befinden sich neben Journalisten und offiziellen Vertretern 14 Passagiere. Der reguläre Flugverkehr soll am 20.2 beginnen. Der Verkauf der Tickets verläuft wegen des hohen Preises eher schleppend.
10.2.2017	FergananeWS.com berichtet von Plänen des Landwirtschaftsministeriums, bis 2021 die heutige Anbaufläche für Sojabohnen von insgesamt knapp 14.000 ha auf ca. 40.000 ha mehr als zu verdoppeln. Die Ernte soll entsprechend von 660 t (geplant 2017) auf 2.400 t 2021 steigen.
10.2.2017	Im Gebiet Choresm wird, wie von Präsident Mirsijojew bei seinem Besuch zwei Wochen zuvor gefordert, mit dem Bau der Eisenbahnstrecke Urgentsch-Chiwa begonnen.
15.2.2017	Rustam Usmanow, der Gründer und frühere Eigentümer der Rustambank, der ersten Privatbank Usbekistans, wird nach vollständiger Verbüßung einer 19jährigen Freiheitsstrafe freigelassen. Er war 1998 wegen Wirtschaftsvergehen zu 14 Jahren Haft verurteilt worden, die 2012 um fünf Jahren verlängert wurde. Menschenrechtler und Angehörige bewerteten seine Verurteilung als politisch motiviert.
15.2.2017	Die ADB kündigt auf ihrer Website ein Darlehen von 2,1 Mrd. US-Dollar für Modernisierungen des usbekischen Energiesektors 2017–19 an.
15.2.2017	Auf der 18. Sitzung der russisch-usbekischen Zwischenregierungscommission für ökonomische Zusammenarbeit in Taschkent wird unter Vorsitz der stellvertretenden Premiers Dmitrij Kosak und Rustam Asimow vor allem über Möglichkeiten der Diversifizierung der ökonomischen Zusammenarbeit gesprochen und eine Reihe von Verträgen unterzeichnet.

15.2.2017	Das bisherige Ministerium für Kultur und Sport wird per Dekret Präsident Mirsijojews umgebildet in ein Kulturministerium und ein Staatskomitee für Körperkultur und Sport.
17.2.2017	Tochirdschon Dschalilow wird wieder zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von Uzawtosanoat ernannt und alle Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Der langjährige Generaldirektor von GM Uzbekistan und stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Uzawtosanoat war im April 2016 unter Korruptionsverdacht verhaftet und nach dem Tod Präsident Karimows frei gelassen worden.
17.2.2017	Mehrere Medien melden, dass ab 1.7.2017 in Usbekistan das bisher einstufige Modell des Doktors der Wissenschaften durch den PhD als ersten wissenschaftlichen Grad und den Doctor of Science, ScD, als zweite Stufe ersetzt wird.
17.2.2017	In Fergana finden reguläre Verhandlungen zwischen Vize-Premier Adcham Ikramow und seinem kirgisischen Amtskollegen Dschenisch Rasakow zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Grenze statt.
17.2.2017	Mit Erlass Präsident Mirsijojews werden eine Reihe von Forschungsinstituten, die in der Vorjahre Universitäten des Landes zugeschrieben worden waren, wieder der Akademie der Wissenschaften angegliedert, darunter auch das bekannte Biruni-Institut für Orientalistik und das Institut für usbekische Sprache und Literatur.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Dr. Beate Eschment

Redaktionsassistent: Dr. Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2017 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH • Rungestraße 9 • 10179 Berlin • Telefon: +49 30 5169563-270

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>



Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>